Keramischer Bund

Wochenblatt für den keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie

Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Versandstelle: Charlottenburg 1, Brahestr. 2—5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 16 | Berlin, den 19. April 1930 | 5. Jahrgang

Ostern des Glaubens an Leben.

Feiertage sind zu mehr als zum Ausruhen bestimmt. Sie sollen unseren Geist erheben. Den innerlichen Menschen, der da heute im Aller-Alltäglichsten oft erstickt, sollen sie herausreißen aus der geistigen Oede. Und wir geben den Feiertagen einen Sinn, daß sie uns ganz, in all unserem verschiedenen Hoffen und Suchen und Sehnen erfassen.

In letzter Tiefe fühlen wir alle eins, und diese letzte Tiefe ist uns Ostern der Glaube an Leben. Auferstehung, Lenz, Sieg des Lichtes: alles aus einer Tiefe, aus einer tiefen, tiefen Liebe zu Mensch, Leben und Recht. Und zu anderem, Neuem, das dieses Ersehnte möglich macht.

Da gehen Menschen festtäglich gekleidet in die Kirche. Viele nur selten, und nur an den höchsten Feiertagen einmal. Glaubst du nicht, daß sich in ihnen in solcher Auferstehung feiernden Stunde etwas Tiefes des Lebens regt?

Und da frohe Menschen, vom Alltag befreit. Sie schreiten durch die Straßen und wollen wandern. Und Kinder dort suchen vergnüglich ihr Osterei. Und das alles im werdenden Lenz. Unter der steigenden Sonne. Mitten im schwellenden Knospen der Bäume und der Blumen. Glaubst du nicht, daß sich da hinter all dem äußerlichen Ostertreiben etwas Tief-Osterliches regt? Etwas von Feier des Glaubens an das Leben?

Das Aeußerliche, das uns unterscheidet, ist nur das Symbol für das Letzte, das uns eint. Nenne es Auferstehung, nenne es Licht! Nenne es Sieg über den Tod oder nenne es Recht auf das Leben! Es kommt alles aus einer Tiefe. Und lauschest du dem Quell dieser Tiefe, dann hörst du, daß er da in allen gleich klingt.

Jahrhunderte, Jahrtausende hindurch starben Menschen im Banne von Macht. Militärische, wirtschaftliche Gruppen herrschten, und alles Schwellen der Seele, alles Glauben an anderes, an Menschliches, an Leben und Auferstehung ward immer wieder von einem rauhen, vorosterlichen Starren des Daseins erstickt. Und sie nannten es so oder so und meinten alle das Eine, das zum freien Aufjauchzen noch nicht berufen gewesen ist.

Und nun bricht das starre Eis draußen im menschlich-sozialen Zusammenleben. Die Formen wanken, und es wird da etwas wie im werdenden Lenz. Verstehe es, wenn noch nicht alle dieses Wundersame ganz erfassen, das da geschieht!

Lausche der letzten Tiefe deines Bruders, deiner Schwester! Sie meinen wie du. Sie meinen den Frühling. Ostern soll sein! Aber in ihrer durch Jahrhunderte und Jahrtausende geknechteten Seele können sie dieses Große, Nie-Gewesene, dieses Erwachen der Menschheit zu Freiheit und Recht nicht fassen.

Diese Knospen da draußen sind weiter als jene, und während sich hier oder dort gar bescheiden die Blüte zeigt, regt sich dort noch nichts. Und dennoch: warte bis morgen, und auch dort ist der Frühling da.

Lenz verlangt Liebe, Menschheitslenz viel, viel Liebe. Verzweifle nicht! Bleibe stark! Glaub an das Leben! Und war all deine Mühe, den Bruder, die Schwester für die Bewegung zur Freiheit zu gewinnen, umsonst: umsonst dennoch nicht. Laßt reifen! Und drängt dennoch und drängt! Denn der Menschheitsfrühling ist angebrochen. Ostern steigt aus der Geschichte herauf. Und viele der Müden, der Verzweifelnden können es nur noch nicht fassen, daß tatsächlich Ostern wird.

Bleibt stark und kämpft für das Leben! Ihr seid dann die Knospen des Menschheitslenzes, an denen eure Brüder endlich erkennen werden, daß der Frühling, ja der Frühling der Menschheit, heraufsteigt zum Glück. Und Liebe wird sein. Und statt der verstehenden, wartenden Liebe wird dann die jauchzende Liebe alle umspannen, die Liebe der Freiheit und der Arbeit in Menschlichkeit.

Dr. Gustav Hoffmann.

Ostern — Auferstehungszeit!

Ostern — Auferstehungszeit!
In den Bäumen, in Gesträuchen,
In den Feldern weit und breit
Muß der Tod dem Leben weichen!
Neues Grünen, neues Blühen,
Neues Leben, neues Mühen!
Die Natur mit Emsigkeit
Wirft ihr buntes Frühlingskleid!

Ostern — Auferstehungszeit!
Neues Leben regt die Schwingen,
Scheucht von hinnen Wintersleid!
Durch die Lüfte darft das Singen
Munterer Vögel. Ihre Lieder
Klingen auf und klingen nieder —
Im Gebüsch und fern im Ried
Tönt der Vögel Frühlingslied.

Ostern — Auferstehungszeit!
Gilt dies nicht für dich und mich?
Ziemt dem Menschen nur das Leid?
Sollst du, Bruder, und soll ich
Nicht nach Auferstehung streben,
Sollen wir's nicht auch erleben,
Sollen wir nicht auch empfinden,
Dieses große Lebenskünden?

Ostern — Auferstehungszeit!
Auf, ihr Schwestern, auf, ihr Brüder!
Fühlt euch gleichfalls lastbefreit!
Steckt den Knospenzweig ans Mieder,
Schmückt mit hellem Grün den Hut!
Lenzestag gibt Lebensmut!
Ostertag heißt Auferstehung!
Frühlingstag heißt Menscherhöhung!

Ostern — Auferstehungszeit!
Steht in Freud und Leid zusammen,
Schließt die Reihen haßbefreit!
Mit der Überzeugung Flammen
Müßt ihr euch dem Kampfe weihen,
Gilt es doch, euch zu befreien
Aus dem Joch der Sklaverei,
Daß die Arbeit werde frei!

Ostern — Auferstehungszeit!
Ja, wir wollen auferstehen,
Alle Völker weit und breit,
Wollen treu zusammenstehen,
Unverzagt und unverdrossen,
Siegbereit und kampfentschlossen,
Bis aus schnöden Mammons Banden
Alle Völker auferstanden!

Tarfa.

Arbeiter! Gewerkschaftsmitglieder!

Der Schrittmacher des Achtstundentags, der 1. Mai kommt heran. Und wieder fordern wir euch auf, ihn würdig zu empfangen.

Noch immer kämpfen wir um die Ziele, für die der 1. Mai symbolisch geworden ist: gesetzlicher Achtstundentag, Arbeiterschutz, Weltenfriede. Es sind die alten Worte, die seit 40 Jahren zu Parolen der Arbeiter aller Länder geworden sind, aber im Laufe der Zeit haben sie einen viel größeren Inhalt bekommen, als die ersten Demonstranten vor 40 Jahren ahnen konnten.

Die Welt hat ihr Gesicht verändert

Staaten sind zusammengebrochen, andere entstanden. Monarchien verschwanden, die unentwurzelbar schienen. Die Demokratie zog in den Ländern ein, die Massen wurden politisch zu Bildnern ihres Schicksals. Auch die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitenden wuchsen. Millionen und aber Millionen formen heute im Klassenkampf die Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Aber auch die Fabrik von heute ist neu, und neu sind die Produktionsmethoden, die in ihr angewendet werden. Immer entbehrlicher wird der Arbeiter. Massenarbeitslosigkeit, früher eine vorübergehende Erscheinung, wird zur Regel. Millionen, die mit dem besten Arbeitswillen ausgerüstet sind, bevölkern arbeitslos die Straße. Die Unsicherheit der Existenz wächst in bedrohlichem Maße.

Diese neue Situation zwingt zu viel umfassenderen Maßnahmen als bisher getroffen wurden.

Die neu gewordene Welt wird sozialpolitisch sein, oder sie wird nicht sein

Arbeiterschutz, gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit, überhaupt Sozialpolitik in weitestem Umfange werden die Pfeiler sein, die das Staatsgefüge nicht entbehren kann.

Arbeiter, Gewerkschaftsmitglieder!

Ihr seid die Träger des demokratischen Staates. Ihr könnt euch den Einfluß erkämpfen, den ihr braucht, um bestimmend zu sein, wo es sich um Gesetze handelt, die euer Wohl und Wehe betreffen.

Euch sagt der 1. Mai: Nutzt die Macht, die ihr habt!

Benutzt sie nicht nur politisch. Stärkt eure Gewerkschaften. Ohne Gewerkschaften keine Demokratisierung der Wirtschaft. Starke Gewerkschaften sind die starken Grundlagen eurer Rechte und eurer Freiheit!

Berlin, den 12. April 1930.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Der Reichswirtschaftsrat zur Wohnungsbau-Finanzierung.

Die katastrophale Lage auf dem Arbeitsmarkt zwingt alle verantwortungsbewußte Menschen, sich die Frage vorzulegen, in welcher Weise es möglich ist, die Arbeitslosen wieder in volkswirtschaftlich nützliche Tätigkeit hineinzubringen. Eine Wiedereinschaltung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß bringt nicht nur eine Entlastung für die Arbeitslosenversicherung, sondern schafft auch zugleich neue Kaufkraft, die sich wiederum in gesteigerte Absatzmöglichkeit und damit in vergrößerte Produktion umsetzt.

Der Wohnungs- und Siedlungsausschuß des Reichswirtschaftsrats hat einen Arbeitsausschuß mit der Untersuchung der Lage der Bauwirtschaft betraut.

Die Bauwirtschaft gehört zu der sogenannten Schlüsselindustrie. Ist es möglich, diese zu beleben, so bedeutet das zugleich auch eine Belebung der Gesamtwirtschaft. Zu der riesenhaften Arbeitslosigkeit, die wir zur Zeit zu verzeichnen haben, trägt das Darniederliegen des Wohnungsbaues in starkem Ausmaße bei. Aber neben dem nur sehr langsam in Gang kommenden Wohnungsbau liegt die Bautätigkeit der Länder und Gemeinden fast völlig still. Dasselbe ist der Fall bei dem Straßen- und Wegebau.

Der Baugewerksbund hatte im März noch eine Arbeitslosenziffer von 63 Proz., gegenüber 33 Proz. im Jahre 1928. Unsere grobkeramische Gruppe verzeichnet eine Arbeitslosenzahl von über 50 Prozent; ebenfalls liegt unsere Spülwarenindustrie völlig danieder. Keine Wirtschaft kann auf die Dauer derartiges in einem ihrer wichtigsten Zweige vertragen, und es muß nach Möglichkeiten gesucht werden, diesen unerträglichen Zustand zu ändern. Dem Arbeitsausschuß des RWR. war es klar, daß es unmöglich ist, den ganzen Fragenkomplex in einigen Wochen zu untersuchen. Es galt, schnell zu handeln, um wenigstens für das Jahr 1930 eine sofortige Belebung des Baumarktes herbeizuführen.

So mußte der Arbeitsausschuß sich zuerst mit der Finanzierung des Wohnungsbaues befassen, weil gerade von der Geldseite her die Schwierigkeiten für das laufende Jahr kommen. Durch die Verhandlungen des Ausschusses zog sich wie ein roter Faden immer wieder der Gedanke, daß das Hauptmotiv seiner Beratungen darin liege, die Arbeitslosenziffer so schnell und so gründlich wie möglich zu senken. Daneben gilt es für die minderbemittelte Bevölkerung, die zum großen Teil noch unter menschenunwürdigen Verhältnissen wohnt, Wohnungen zu erträglichen Preisen zu schaffen. Es kam zum Ausdruck, daß in den vergangenen Jahren zum Teil zu groß und zu teuer gebaut worden ist, so daß in den Großstädten, vor allem in Berlin, das noch die drückendste Wohnungsnot hat, teilweise Wohnungen leer stehen, weil die Reflektanten die Mieten nicht aufbringen können. Hier ist der Uebergang zu kleineren und billigeren Wohnungen notwendig. Die Beschlüsse des Ausschusses haben folgenden Wortlaut:

„Durch ein Zusammentreffen verschiedener ungünstiger Umstände werden für den Wohnungsbau 1930 nur etwa 200 bis 250 Millionen langfristige und kurzfristige Mittel zur Verfügung stehen. Ferner ist mit einem Ausfall von öffentlichen Bauten im Werte von etwa 1 Milliarde Reichsmark zu rechnen. Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe beträgt gegenwärtig 63 Proz. gegenüber 33 Proz. in der gleichen Zeit von 1928. (Die Zahlen aus dem Jahre 1929 sind wegen der anormalen Witterungsverhältnisse nicht vergleichbar.) Aus diesen Tatsachen ergibt sich im Interesse der Gesamtwirtschaft die dringliche Notwendigkeit, mit größter Beschleunigung Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, dem Baumarkt 1930 möglichst viel und schnell Geld zur Verfügung zu stellen, um die Bautätigkeit ihrem ganzen Umfange nach in Gang zu bringen und möglichst nicht unter den Stand von 1929 absinken zu lassen.

Zur sofortigen Inangriffnahme des Wohnungsbaues werden folgende dringlichen Vorschläge gemacht:

1. Möglichst beschleunigter Erlaß eines Gesetzes oder einer Verordnung mit Festlegung eines Termins für Aufhebung der Kapitalertragssteuer aus Alt- und Neu-Emissionen festverzinslicher Werte zwecks Belebung des Pfandbriefabsatzes im Inland und Ausland;
2. eiligste Prüfung gesetzlicher Maßnahmen, wie der Kapitalflucht in das Ausland wirksam begegnet werden kann, unter Einbeziehung der Frage der Wiederherstellung des Bankgeheimnisses;
3. Ersuchen an alle diejenigen Stellen, die den Wohnungsbau 1929 durch Zwischenkredite gefördert haben, um umgehende Verwendung der durch Umwandlung in Dauerkredite freigewordenen Mittel zu neuen Zwischenkrediten, sowie Ersuchen an die Reichsregierung, die noch nicht zurückgeforderten Reichszwischenkredite den Ländern für 1930 zu belassen;
4. dringliche Aufforderung an die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten, die öffentlich-rechtlichen und privaten Versicherungsträger und Hypothekenbanken zur endgültigen Finanzierung des Wohnungsbaues möglichst viel und rasch Kapital bereitzustellen und fest zuzusagen;
5. eine gleiche Aufforderung an die Sparkassen, neben ihrer Mitwirkung an der Umschuldungsaktion der Kommunen den Wohnungsbau in Anbetracht seiner gegenwärtigen Notlage nicht zu benachteiligen, sondern ihn nach Kräften weiter zu fördern durch Finanzierung der Bauten im voraus nach Maßgabe des erfahrungsgemäß zu erwartenden Einlagenzuwachses;
6. Einwirkung des Reichsfinanzministeriums auf die Beratungsstelle für Auslandsanleihen zwecks Erleichterung der Aufnahme von Auslandsanleihen zu angemessenen Bedingungen auch für Zwecke des Wohnungsbaues und für Kommunalanleihen, die der Umschuldungsaktion und damit den Zwecken der Bauwirtschaft dienen;
7. um die Schwierigkeiten bei der Beschaffung der zweiten Hypothek zu mindern und zugleich die Neubaumieten erträglich zu gestalten, die Hauszinssteuerhypotheken für 1930 im Rahmen der vorhandenen Hauszinssteuermittel zu erhöhen;
8. alle nicht unbedingt notwendigen Bauaufwendungen zu vermeiden;
9. den Wohnungsbau 1930 in der Hauptsache zu beschränken:
   a) auf Herstellung von Wohnungen mit 2½ Räumen (Zimmer, Kammer und Küche) in Größe von 40 bis 50 Quadratmetern,
   b) auf Herstellung weiterer Wohnungen mit 3½ Räumen (Zimmer, Kammer und Küche) in Grenzen des örtlichen Bedarfs;

   wägen, ob es angängig ist, die Bestimmungen der Verordnung über die Verwendung eines Teiles der Hauszinssteuermittel für Bürgschaftssicherung und die Erhaltung sparmaßnahmebedürftiger Altwohnungen zu erweitern.

Weitere Vorschläge für die Belebung der Bauwirtschaft im allgemeinen und für die dauernde Förderung des Wohnungsbaues werden vorbehalten."

Zur Begründung der Forderungen diene folgendes:

Zu der dringlichen Frage der Finanzierung des Wohnungsbaues sind 22 Sachverständige aus allen am Wohnungsbau und seiner Finanzierung beteiligten Kreisen von dem Ausschuß gehört worden. Aus den Gutachten der Sachverständigen und der Aussprache des Ausschusses ergab sich, daß sich die Finanzierung des Wohnungsbaues für 1930 erheblich schwieriger gestalten wird als in den beiden Vorjahren, in denen es gelungen ist, etwa je 320 000 bzw. 330 000 neue Wohnungen mit einem Kapitalaufwand von je 3,2 Milliarden Reichsmark herzustellen. Für 1930 wird sich das Baukapital für den Wohnungsbau infolge verschiedener ungünstiger Umstände voraussichtlich nicht unerheblich verringern, wie aus nachfolgender Uebersicht ersichtlich ist:

	Baukapital in Mill. RM. 1928	1929	1930
I. Privatkapital für I. Hypotheken.			
1. Sparkassen	620— 700	600— 650	300— 400
2. Versicherungsträger	240	200— 220	200
3. Oeffentl.-rechtl. Kreditanstalten	280	200	200
4. Priv. Hypothekenbanken	380	200— 250	250— 350
	1520—1600	1200—1320	950—1150
II. Oeffentl. Mittel.			
1. Hauszinssteuer	850	850	850
2. Rückflüsse aus Hauszinssteuerhypotheken		20	60
3. Oeffentl. Anleihen der Länder und Gemeinden	400	200	40
4. Arbeitgeberzuschüsse, Landarbeiter- u. Siedlungskredite usw.	100	100	100
	1350	1150	1050
III. Eigenkapital	350	350	250
	3220—3300	2720—2840	2250—2450

Da im Jahre 1929 der gesamte Wohnungsbau ungefähr denselben Umfang gehabt hat wie im Jahre 1928, so fehlen an der endgültigen Finanzierung der Wohnungsbauten für 1929 rund 400 bis 500 Mill. RM, die aus dem im Jahre 1930 aufkommenden Dauerkapital gedeckt werden müssen. Das in vorstehender Uebersicht für 1930 errechnete Dauerkapital würde sich also noch um diesen Betrag verringern. Es muß aber unbedingt angestrebt werden, daß die kurzfristigen Kredite aus 1929, die durch die Umwandlung in langfristigen Kredit frei werden, auch in möglichst gleichem Umfange dem Wohnungsbau für 1930 zur Verfügung gestellt werden.

Die allgemeine Finanznot im Reich, in den Ländern und Kommunen hat dazu geführt, daß an allen Stellen die öffentlichen Bauten soweit wie irgend möglich abgedrosselt wurden, neue Bauten nicht in Angriff genommen werden. Das Institut für Konjunkturforschung schätzt diesen Ausfall auf eine Milliarde Reichsmark. Die Umschuldungsaktion der Gemeinden, die eine Umwandlung der kurzfristig aufgenommenen Darlehen in langfristige bezweckt, belastet stark die Sparkassen und nimmt ihnen die Möglichkeit, Gelder in alter Höhe wie in den vergangenen Jahren dem Baumarkt zur Verfügung zu stellen.

Dazu kommt bei den Sparkassen ein erheblicher Einlagerückgang seit der zweiten Hälfte des Jahres 1929. Ob dieser Zustand sich bessert, ist nicht vorauszusehen. Die Flüssigkeit der Sparkassen darf nicht gefährdet werden.

Die Landesversicherungsanstalten sind für 1930 stark in ihren Mitteln beschränkt. 50 Mill. RM müssen sie für Zwecke der Arbeitslosenversicherung zur Verfügung stellen, 20 Millionen gehen ihnen verloren aus den Zolleinnahmen, und anstatt 50 Millionen aus der Lex Brüning erhalten sie nur 28. Dazu steigt die Rentensumme stark an, so daß die billigen Gelder der Versicherungsanstalten für den Baumarkt auf ein Minimum zurückgehen.

Etwas besser sieht es augenblicklich auf dem Pfandbriefmarkt aus. Hält die günstige Absatzlage an, so ist von dieser Seite mit einer Besserung gegenüber 1929 zu rechnen.

Länder und Gemeinden werden infolge der Finanznöte wenig Gelder für Wohnungsneubau zur Verfügung stellen können. Hinzu kommt hierbei, daß im Jahre 1929 bereits starke Vorgriffe auf die Hauszinssteuer der nächsten Jahre vorgenommen wurden.

Das Eigenkapital der Wohnungsbauenden hat im Durchschnitt der letzten Jahre nur 10 Prozent betragen. Ein Mehr ist auch für 1930 nicht zu erwarten.

Zu der schlechten Lage auf dem Baumarkt trägt auch die außerordentlich starke Kapitalflucht bei. Aus Sachverständigenkreisen werden die ins Ausland geflüchteten Kapitalien auf etwa 10 Milliarden Reichsmark beziffert, von denen 5 Milliarden in der Schweiz, und etwa 5 Milliarden in Holland liegen sollen. Von einem Sparkassenvertreter wurde darauf hingewiesen, daß zu dieser Flucht sehr viel die große Miesmacherei im vorigen Jahre und das Gerede über eine neue Inflation, sowie das Volksbegehren stark beigetragen haben.

Von einer Inflation kann keine Rede sein und ist es Aufgabe der Regierung, durch geeignete Maßnahmen das geflohene Kapital wieder zurückzubringen. Ein Mittel dazu dürfte die möglichst baldige Aufhebung der Kapitalertragssteuer für festverzinsliche Werte sein, die den Zinsfuß hochhält und vor allem auch den Pfandbrief und damit den Baumarkt belastet.

Der Wohnungs- und Siedlungsausschuß hat die Arbeit des Unterausschusses einstimmig gutgeheißen und die Vorschläge werden sofort den zuständigen Ministerien überreicht werden. Es ist dringend zu wünschen, daß alle in Betracht kommenden Stellen sofort die notwendigen Schlüsse aus diesen Bestrebungen ziehen werden. Die Zeit ist schon weit vorgeschritten, sofortige Maßnahmen sind notwendig, wenn nicht im Jahre 1930 schwerste Erschütterungen unsere Wirtschaft bedrohen sollen.

H. Grünzel.

Unsere Werbearbeit unter den Frauen.

Zur Förderung der Agitation unter den Kolleginnen hat der Hamburger Verbandstag 1928 in Entschließung B 13 die stärkere Heranziehung unserer weiblichen Mitglieder zu den Verbandsfunktionen gefordert und jedem Delegierten gedruckte Richtlinien für die Belebung und grundsätzliche Würdigung der Frauenorganisation ausgehändigt. Durch die schon gleich nach der Errichtung des Frauensekretariats im Jahre 1927 einsetzende verstärkte Arbeit unter den Frauen konnten im vorigen Berichtsjahre recht gute Fortschritte in der Mitgliederwerbung unter den Arbeiterinnen erzielt werden. Dadurch wurde wiederum unsere Tätigkeit und unser Eifer angespornt. Es wurden zeitweise auch mehrere Referentinnen für Frauenkonferenzen und -versammlungen beansprucht. Wenn am Schluß des Jahres 1929 dann diese Tätigkeit im Ergebnis zahlenmäßig nicht so erfreulich in die Erscheinung trat, liegt das an den allgemeinen und schon oft aufgezeigten Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt. Die Fluktuation unter den weiblichen Beschäftigten ist in verschiedenen Industrien beträchtlich größer als die der männlichen Beschäftigten; das fällt bei der Agitation erschwerend mit ins Gewicht. Trotzdem sind wir ein schönes Stück weitergekommen im Jahre 1929, dank der sehr erheblichen und schätzenswerten Mitarbeit fleißiger und verantwortungsbewußter Funktionäre, die sowohl in den Betrieben wie an führenden Stellen in der Organisation anzutreffen sind. Leider treffen wir ja noch eine Reihe weniger verständnisvolle Funktionäre, die wir zuweilen sogar als „Hemmschuh" in unserer Aufwärtsentwicklung bezeichnen möchten. Der zuweilen noch anzutreffende Gedanke: „Das Weib schweige in der Gemeinde", hat glücklicherweise gewerkschaftlich wie politisch seine Gültigkeit verloren. Und das werden wir auch gewerkschaftlich für unser Bewegung und im Interesse der organisatorischen Kräftigung und strukturellen Entwicklung unseres Verbandes nie zu bereuen haben. Im Gegenteil, lieber etwas mehr als zu wenig weibliches Temperament, wenn es gilt, den Verband zu stärken.

Die im Berichtsjahre abgehaltenen Frauenversammlungen und -konferenzen boten, im ganzen betrachtet, ein Bild solidarischen Kampfgeistes und zunehmender Begeisterung für gewerkschaftliche Werbe- und Aufklärungsarbeit. Es fanden mehr „besondere Frauenversammlungen" statt als im Vorjahr. Zeitweilig wurden auch Funktionärinnen aus verschiedenen Zahl-

...nen als Referentinnen mit herangezogen. In einer Frauenwerbewoche im Gau Sachsen, die einer Frauenkonferenz folgte, fanden allein 82 Versammlungen statt. Nach einem Bericht der dortigen Gauleitung betrug die Zahl der Besucher 4427 und die der Neuaufnahmen 156. Es sei erwähnt, daß diese Agitationswoche gerade mit der grimmigen Kälte im Februar 1929 zusammentraf und dadurch wohl etwas benachteiligt wurde. Die Erfolge wären sonst sicher noch größere gewesen.

Im Berichtsjahr fanden acht Gau-Frauenkonferenzen und einige Zahlstellenkonferenzen für Funktionärinnen statt. Auch einige Gau-Agitationskommissionssitzungen für Gau 12 und Gau 7 wurden veranstaltet. Die Tagungen waren alle gut beschickt, und die zumeist recht lebhaften Debatten waren deutlicher Beweis der regen Anteilnahme unserer Kolleginnen am Verbandsleben. Es wurden auch Anregungen gegeben, wonach die Zahlstellen den Funktionärinnen mehr Gelegenheit zu Ausspracheabenden einräumen sollen. Eine Anregung auf der Gaukonferenz in Sachsen, daß eine Arbeiterinnen-Agitationskommission gegründet werden sollte, ging noch im Laufe des Jahres in Erfüllung. Die erste Sitzung dieser Kommission in Leipzig nahm u. a. auch Stellung zur Schulung der Funktionärinnen und beschloß, Wochenendkurse zu veranstalten. An die Gaue, die bisher noch keine Frauenkonferenzen veranstalteten und auch noch keine Stellung dazu genommen hatten, wurden Rundschreiben über Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit dieser Konferenzen herausgegeben.

Zur Förderung der Frühjahrsagitation wurde vom Arbeiterinnensekretariat eine Werbebroschüre „Hör mal zu!" herausgegeben. Ferner wurden im „Proletarier" und im „Keramischen Bund" wichtige Frauenfragen erörtert und der Agitation nutzbar gemacht.

Die Mitwirkung der Frauen in den Betriebsräten ist noch immer nicht zufriedenstellend. Trotz wiederholter Hinweise auf die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit, Frauen in den Betriebsrat zu wählen, bleibt die Zahl der weiblichen Betriebsräte auch prozentual weit hinter den männlichen zurück, selbst wenn man die geringe Zahl der weiblichen Beschäftigten berücksichtigt. Es liegt hier nicht immer an der Interessenlosigkeit der Frauen, sondern häufig genug werden die Frauen von der Mitarbeit ferngehalten, weil es auch noch Kollegen gibt, die eben „alles alleine" machen wollen. Die Zahlstellenleitungen müssen in diesen Fällen auf die Kollegen einwirken, damit unsere fähigen und zur Mitarbeit bereiten Kolleginnen nicht zurückgedrängt werden. Die Fragebogen über die Betriebsrätewahlen vom Jahre 1929 haben allerdings eine kleine Besserung ergeben, indem die Zahl der weiblichen Betriebsratsmitglieder auf 1645 gestiegen ist, im Gegensatz zu 1616 im Vorjahre. Die mannigfaltigsten Frauenfragen in den Betrieben mit weiblichen Beschäftigten, die entsprechende Regelung und Lösung in erster Linie durch die Kolleginnen selbst finden können, sind schon des öfteren an dieser Stelle besonders aufgezeigt worden.

An den Kursen in Wennigsen beteiligten sich 49 Kolleginnen. Obgleich die geistige Regsamkeit der Kolleginnen auf Frauenkonferenzen und Sitzungen kaum der der Kollegen nachsteht, bleiben die Bewerbungen der Frauen zu Bildungskursen weit hinter denen der Männer zurück. Sicher ist zu beachten, daß die vielen Hemmnisse, die der Frau entgegentreten, oft mit ausschlaggebend für ihre Einstellung sind. Aber hier muß seitens der Funktionäre und Zahlstellenleitungen den befähigten und interessierten Kolleginnen Mut gemacht werden, damit auch sie stärkeren Anteil an den Bildungseinrichtungen haben zur Brauchbarmachung und positiven Entfaltung ihrer Fähigkeiten. — Auf einigen Frauenkonferenzen kam auch der Wunsch nach Einrichtung von besonderen Frauenkursen in Wennigsen zum Ausdruck.

Das Lohnproblem ist noch immer das wichtigste Gebiet, das oft Gegenstand lebhafter Debatten in Versammlungen und Konferenzen ist. Wiederholt wurde von Kolleginnen und Kollegen auf den gewerkschaftlichen Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Leistung" hingewiesen und gefordert, daß die Organisation alles tun muß, um eine weitere Verringerung der Lohnspanne zwischen Männer- und Frauenlöhnen herbeizuführen. Sehr stark tritt auch die Meinung vieler Kollegen in den Vordergrund, daß nicht nur der gerechten Anerkennung des Wertes der Arbeitsleistung der Frau Rechnung getragen werden soll, sondern daß bei zielklarer Lohnpolitik auch weniger Arbeitsplätze für Männer durch Frauen besetzt werden, daß also so betrachtet, die Frauen auch nicht als Lohndrücker und Konkurrenten der Männer bezeichnet werden können. — Wir müssen leider immer noch feststellen, daß in verschiedenen Industrien, wie in Porzellanfabriken und Ziegeleien, Frauen dieselbe Arbeit verrichten wie Männer, dafür aber viel niedriger entlohnt werden. Das wirkt sich natürlich entsprechend für die lohnpolitische Arroganz der Unternehmer bei Festlegung der Männertarife und für die schwere Organisierbarkeit der Arbeiterinnen aus. — Anläßlich einer Sitzung des Internationalen Arbeiterinnenkomitees im Oktober 1929 wurde u. a. auch zur Lohnfrage eine Resolution angenommen, nach der

„Auskünfte aus verschiedenen Ländern und zahlreichen Industrien erkennen lassen, daß die Frauenlöhne in Industrie und Handel im allgemeinen beträchtlich hinter den Männerlöhnen zurückstehen. In den meisten Fällen wird das offiziell anerkannte Prinzip „Gleiche Arbeit — gleicher Lohn" ungenügend betont. Diese Lage, die das moralische und materielle Leben der Frau stark gefährdet, beeinträchtigt in hohem Maße auch die notwendige Erhöhung der Löhne für Männerarbeit sowie die Resultate der auf diesem Gebiete geführten gewerkschaftlichen Aktion. Deshalb ist es wichtig, die Aufmerksamkeit der Frauen auf ihre schlechtere Stellung auf diesem Gebiete zu lenken und ihnen den engen Zusammenhang zwischen der gewerkschaftlichen Macht und den Lohnsätzen zu zeigen, und sie auf diese Weise durch Hinweis auf ihre Interessen und durch den Geist der Solidarität der gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen — Gleichzeitig richten wir die Aufforderung an alle Arbeiter, im gemeinsamen Interesse von Frauen und Männern sich um die Organisierung der Arbeiterinnen zu bemühen. An die gewerkschaftlichen Landeszentralen richten wir das Ersuchen, eine laufende energische Propaganda zur Gewinnung der Arbeiterinnen in der ihnen geeigneten Weise zu betreiben, wobei die Abhaltung eines besonderen Propagandatages oder einer Propagandawoche in Betracht kommen könnte."

Auf dem Gebiete des Arbeiterinnenschutzes sind einige Verbesserungen eingetreten, indem wichtige Aenderungen in der Reichsversicherungsordnung zugunsten der schwangeren Arbeiterin getroffen wurden. Durch Aenderung des § 195a der RVO. erhalten schwangere Arbeiterinnen vom 1. Juni 1929 an eine Wochenunterstützung in Höhe von dreiviertel ihres Arbeitsverdienstes in der Zeit von sechs Wochen vor der Niederkunft, wenn die Schwangere keine Arbeit gegen Entgelt ausübt. Auch die Paragraphen 311 und 1279 wurden zugunsten der Schwangeren geändert. Leider werden aber immer wieder Klagen laut, daß ein großer Prozentsatz der Frauen von den Mutterschutzbestimmungen keinen Gebrauch macht. Um mehr Aufklärung zu verbreiten und überhaupt der Unkenntnis der gesetzlichen Mutterschutzbestimmungen zu begegnen, hat das Arbeiterinnensekretariat darüber ein „Merkblatt für unsere Kolleginnen" herausgegeben, in dem die Bestimmungen über Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz niedergelegt sind. Einem Antrag der Zahlstelle Köln (anläßlich der Beiratssitzung im Dezember 1929) auf Herausgabe einer Broschüre über allgemeinen Arbeiterinnenschutz soll stattgegeben werden, sobald das neue Arbeitsschutzgesetz vorliegt. Im Juni 1929 wurde in Berlin eine Internationale Frauenvereinigung „The Open door Council" gegründet, in der bürgerliche Frauen die Beseitigung jeglichen Arbeiterinnenschutzes fordern. Auf einer Gegenkundgebung, die das Frauensekretariat der SPD. Berlin einberufen hatte, sprachen sich die Sekretärin des ADGB. und Gewerkschaftlerinnen der größeren Verbände mit weiblichen Mitgliedern beweiskräftig für den Arbeiterinnenschutz aus. Unser Arbeiterinnensekretariat wirkte hierbei mit. Nicht nur in den Verbandsorganen und in der gewerkschaftlichen Frauenzeitung, sondern auch in der Zeitschrift „Die Genossin", die für alle Funktionärinnen der Partei erscheint, haben wir, soweit wir dazu in der Lage waren, entsprechend Stellung genommen. Wir fordern nicht Arbeiterinnenschutz, um den Frauen Sonderrechte einzuräumen, sondern weil in der Frau die künftige Mutter geschützt werden muß. In bezug auf den Gesundheitsschutz für Arbeiterinnen standen wir auch mit der Gewerbeaufsicht und anderen Behörden in Briefwechsel, so auch mit dem preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe und anderen Stellen.

Alles in allem kann gesagt werden, daß trotz der allgemeinen Krise und ihrer Auswirkung, die sich auf die Mitgliederbewegung der Gewerkschaft erstreckt, grundlegende organisatorische Maßnahmen für die Frauenagitation getroffen und durchgeführt wurden, die schon in den Frauenkonferenzen der einzelnen Gaue gute Erwartungen für das Resultat 1930 aufzeigten und sicher auch gute Vorarbeit für den kommenden Verbandstag bedeuten werden. Aber verständnisvolle Mitarbeit aller unserer Funktionäre ist bis dahin ebenso nötig — wie die gewerkschaftliche Frauenagitation wichtig ist.

Schiedsspruch im Manteltarifstreit der mechanischen Tafelglasindustrie.

Nachdem die Verhandlungen der Parteien über Neuabschluß eines Reichsrahmentarifvertrages für die Beschäftigten in der mechanischen Tafelglasindustrie am 20. März ergebnislos verlaufen waren, haben die Arbeitnehmerorganisationen das Reichsarbeitsministerium um Tarifhilfe ersucht.

Die Verhandlungen vor der Schlichterkammer wurden am 9., bzw. 10. April geführt. Der unparteiische Vorsitzende konnte auch seinerseits die Parteien nicht zu einer Vereinbarung bringen, so daß sich die Schlichterkammer mit dem Streit zu beschäftigen hatte.

Als grundsätzliche Forderungen wurden von den Arbeitnehmern zu § 1 die Unterstellung aller Arbeiter unter den Vertrag und zu § 3 Verbesserungen der Arbeitszeiten durch Einführung des Vierschichtensystems verlangt. In der Begründung zu diesen Forderungen wurde erneut festgestellt, daß es unhaltbar sei, in den Betrieben des Rheinland-Westfalen zwei Tarifverträge, nämlich den Reichsrahmentarifvertrag der mechanischen Fensterglasindustrie für die Facharbeiter und den Tarif der Gruppe Nordwest der Metallindustrie für die Hilfsarbeiter und Handwerker in Geltung zu haben. Dieser Dualismus muß unbedingt zu Streitigkeiten führen, vor allen Dingen dann, wenn Tarifverbesserungen in beiden Verträgen in Erscheinung treten: jedoch an verschiedenen Zeitpunkten. Auch die unterschiedlichen Arbeitszeiten, die in beiden Verträgen vorgesehen sind, können von uns nicht mehr länger geduldet werden. Da für die Hilfsarbeiter der Vertrag der Gruppe Nordwest der Metallindustrie nur durch die Mitgliedschaft der Arbeitgeber im Arbeitgeberverband der Gruppe Nordwest Anwendung findet, so stellt diese Anwendung eine einseitige Tarifanerkennung dar, und müssen wir uns dagegen wenden, zumal nach dem Kartellvertrag mit dem Metallarbeiterverband wir allein als Tarifkontrahent für die Beschäftigten in der Glasindustrie aufzutreten haben.

Die Einführung des Vierschichtensystems ist von uns vom sozialpolitischen, vom arbeitsmarktpolitischen und vom Standpunkt der Arbeitsleistung der Arbeitnehmer in der mechanischen Tafelglasindustrie wirksam begründet worden.

Der Schiedsspruch hat uns zur ersten Hauptforderung der Unterstellung aller Arbeiter unter den Vertrag recht gegeben, so daß der Keramische Bund in Zukunft in den Großbetrieben der mechanischen Tafelglasindustrie des Rheinland-Westfalen alleiniger Tarifkontrahent ist, soweit nicht der Berufsverband Deutscher Glasarbeiter durch einen Mitgliederstand als Tarifkontrahent der Arbeitnehmer mitauftritt. Durch die neu vorgeschlagene Fassung des § 1 kann eine bessere Durchführung der Tarifverträge erzielt werden, die sich baldigst auch organisatorisch für uns günstig auswirken dürfte.

In der zweiten wichtigen Forderung der Regelung der Arbeitszeit im Sinne des Vierschichtensystems ist die Schlichterkammer leider dem Verlangen der Arbeitnehmer nicht nachgekommen. Aus der Begründung des Schlichters der Ablehnung der Anträge der Arbeitnehmer wird erkennbar, daß man im allgemeinen eine Verkürzung der Arbeitszeit oder die Einführung einer längeren Arbeitszeit im Monat für notwendig erachtet, daß aber die jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Industrie und die Tatsache, daß unser Hauptkonkurrent, die Tschechoslowakei, im Dreischichtensystem arbeitet, es im Augenblick für die deutsche mechanische Tafelindustrie nicht tragbar erscheinen läßt, eine Verkürzung der Arbeitszeit schon positiv durch Regelung zu empfehlen. Die Schlichterkammer will aber mit ihrer Begründung jetzt sicher schon zu erkennen geben, daß bei Ablauf des Vertrages der Frage des Vierschichtensystems oder einer längeren Ruhepause unbedingt nähergetreten werden muß. Stark verschanzte man sich auch hinter der zu erwartenden internationalen Regelung. Wir sind bezüglich der Arbeitszeit mit der Entscheidung der Schlichterkammer nicht einverstanden. Wir werden uns deshalb bemühen, die internationale Regelung zu forcieren; werden aber auch, dies sei besonders hervorgehoben, auf eine Umänderung der Sonntagsruhebestimmungen vom 23. Mai 1906 für Glashütten hinwirken, und möchten die Arbeitgeber an dieser Stelle darauf aufmerksam machen, daß für die Durchführung von Sonntagsarbeit nach § 105 C der Gewerbeordnung auch noch die Bestimmungen über die Anordnung der Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918 Ziff. IV zu beachten sind. Im Streben nach gesunden Arbeitszeiten in der mechanischen Tafelglasindustrie werden wir nicht erlahmen. Wir erwarten aber auch, daß die Industrie einsichtig genug sein wird, um mit uns rechtzeitig nach dem Willen des Schlichters über Einführung einer monatlich bezahlten Freischicht, bis zur internationalen Regelung des Vierschichtensystems, in Unterhandlungen zu treten, da eine technische und wirtschaftliche Durchführung möglich ist.

Für die Arbeit, die im Ausnahmefalle über 8 Stunden pro Schicht oder Tag geleistet werden muß, wird nach dem jetzigen Tarifstandpunkt 25 Prozent Zuschlag gezahlt. Dieser Zuschlag gilt auch in Zukunft für Akkordarbeiter.

Eine weitere Verbesserung der Zuschlagsregelung wird zu § 3 Abs. 3 getroffen, indem 50 Prozent Zuschlag auch an Wochenlöhner bei notwendiger Sonntagsarbeit gezahlt werden muß, und zwar in den Fällen, wo im Wochenlohn nicht schon der Sonntagszuschlag festgelegt worden ist.

Unserem Antrage, an Stelle des Werksurlaubes den Berufsurlaub zu gewähren, wurde entsprochen. Damit rangiert der Tarifvertrag der mechanischen Tafelglasindustrie bezüglich dieser Bestimmung den übrigen Reichsmanteltarifverträgen der mechanischen Fensterglasindustrie gleich.

Der Schiedsspruch hat uns Verbesserungen gebracht. Befriedigen kann er nicht vollkommen. Wenn wir uns eventl. mit dem Schiedsspruch in diesem Jahre abfinden, so nur deshalb, weil wir als Organisation den vorhandenen Wirtschaftsgesetzen unterworfen sind. Wir werden aber, wie bereits erwähnt, jede Besserung der Wirtschaftslage im allgemeinen und im besonderen der mechanischen Fensterglasindustrie dazu benutzen, unsere Forderungen mit dem notwendigen Nachdruck, eventl. auch durch Kampfhandlung durchzusetzen.

Zur Information lassen wir den Schiedsspruch folgen:

Schiedsspruch.

Der zum 31. März 1930 gekündigte Rahmentarifvertrag für die mechanische Fensterglasindustrie nebst Protokollnotizen und Vereinbarung vom 8. Dezember 1928 wird wieder in Kraft gesetzt mit folgenden Aenderungen:

§ 1 lautet wie folgt:

1. Die vertragschließenden Parteien bilden eine Tarifgemeinschaft, deren Erweiterung nur im gegenseitigen Einverständnis möglich ist.

2. Der Vertrag hat Geltung für sämtliche mechanische Fensterglashütten Deutschlands, mit Ausnahme des Saargebiets.

3. Der Vertrag findet Anwendung für alle in den Betrieben und Nebenabteilungen der mechanischen Fensterglasindustrie beschäftigten Arbeitnehmer einschließlich Handwerker.

4. Für die Rheinische Ziehglas-A.-G. Porz-Urbach verbleibt es bei dem Zustand, wie er in den Tarifverträgen vom 17. Oktober 1928 und 23. Mai 1929 festgelegt ist.

In § 2 Abs. 1 werden die Worte „sofern nicht bei der Einstellung eine kürzere Kündigungsfrist vereinbart ist" gestrichen.

In § 3 Abs. 2 wird hinter tariflichen Stundenlohn „bzw. Akkordlohn" eingefügt.

§ 3 Abs. 3 Satz 1 lautet: „Arbeit an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen ist mit 50 Proz. Zuschlag zum tariflichen Stundenlohn und Wochenlohn, soweit der Zuschlag nicht eingerechnet ist, zu vergüten."

§ 9 Ziffer 1 Abs. 4 lautet: „Als Beschäftigung im Werk gilt auch die Beschäftigung in anderen mechanischen Fensterglashütten."

§ 12: 1. Der Vertrag tritt am 1. April 1930 in Kraft.

2. Dieses Rahmenabkommen gilt bis auf weiteres und kann mit dreimonatiger Frist erstmalig zum 31. März 1932 gekündigt werden. Wird es nicht gekündigt, so läuft es mit gleicher Kündigungsfrist jeweils um ein Jahr weiter.

Zu Protokollnotizen: Ziffer 1 fällt fort.

Zur Vereinbarung vom 8. Dezember 1928: Der letzte Satz kommt in Fortfall.

Erklärungsfrist: Gegenüber dem Schlichter und unter den Parteien am 17. April 1930, 5 Uhr nachm.

Protokollnotiz zu § 1:

Um einen einheitlichen Ablauftermin für die Lohntarife zu erzielen, haben sich die Parteien dahin geeinigt, daß sich durch die Aufnahme der bisher dem Nordwest-Tarifvertrag unterstellten Arbeiter an deren Lohnverhältnissen bis zum 31. Dezember 1930 nichts ändern soll.

Erklärung des Schlichters zur Arbeitszeit:

Was die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit durch Einführung einer Springerschicht anbetrifft, so hat die Schlichterkammer dies besonders geprüft. So sehr sozial erwünscht im Interesse einer längeren Freizeit des Arbeitnehmers diese Maßgabe auch sein werde, so ist die Kammer doch unter den augenblicklichen Verhältnissen zu einer Ablehnung des Wunsches der Arbeitnehmer gekommen, da der Zeitpunkt zu einer Belastung der Industrie ungeeignet erscheint.

Die Kammer empfiehlt jedoch, während der Laufzeit des Tarifvertrages die Voraussetzungen der Verkürzung der Arbeitszeit duch Einführung eines Springersystems in wirtschaftlicher, technischer und sozialer Hinsicht zu prüfen, und nach Ablauf darüber in Verhandlungen einzutreten.

Gründung des Internationalen Flaschensyndikates.

Kurz nach dem Zustandekommen des deutschen Syndikates für die Flaschenglasfabrikation, mit dem Sitz in Düsseldorf, ist auch, wie wir vermuteten, das internationale Syndikat ins Leben gerufen worden. Das neue internationale Syndikat hat die gesamte europäische Flaschenglasproduktion kartelliert. Es hat außerdem die Verteilung der Quoten und Preise festgelegt. Bedenklich für die Arbeitnehmer ist die Bestimmung, daß in Zukunft ein sogenanntes Neubauverbot vertraglich festgelegt wird. Damit will man jetzt vorhandene Außenseiterbetriebe zum Eintritt ins Syndikat zwingen, oder man will sie durch die Ausschaltung der Anteilnahme an technischen Verbesserungen dem langsamen Absterben entgegenführen.

Die Arbeiterschaft hat alle Veranlassung, der jetzigen Entwicklung wachsam gegenüberzustehen, denn die Auswirkungen der Gründung des nationalen wie internationalen Flaschensyndikates dürften sich bald am Arbeitsmarkt wie auch tarifpolitisch zeigen.

Zur Information lassen wir eine Abhandlung über die Gründung des internationalen Flaschensyndikates folgen:

Vor kurzem wurde mit dem Sitz in Düsseldorf, das schon seit längerem vorbereitete internationale Flaschensyndikat unter der Firma „Internationales Flaschen-Verkaufskontor G. m. b. H." gegründet.

Das Internationale Verkaufskontor wird die Verteilung der bei ihm eingehenden Aufträge nach Maßgabe der Quote vornehmen. Die Glashüttenwerke sind zwar unmittelbar an das Internationale Verkaufskontor angeschlossen, hinsichtlich der

deutschen Mitglieder ist aber eine Sonderregelung erfolgt. Solange nämlich die deutschen Gewerkschafter des Kontors einem gemeinsamen Syndikat der deutschen Hütten angehören, wird die Gesamtheit der Quoten der deutschen Gewerkschafter sowohl für die Zuweisung der Aufträge wie für die Berechnung der Vorsprünge und Rückstände als eine Quote angesehen. Die Gesamtexportquote aller Beteiligten ist auf 119 557 165 Flaschen festgesetzt worden. Für die im ganzen angeschlossenen 19 Firmen sind die Quoten wie folgt geregelt (zunächst Auslandsfirmen, dann deutsche Glashüttenwerke): 1. N. V. Verenigde Glasfabrieken (United Glasworks), Schiedam, Holland, 31 322 080, 2. Glasfabrik Kosten G. m. b. H., Kosten bei Teplitz, Tschechoslowakei, 15 932 724, 3. Gratzer Glasfabrik, G. m. b. H., Gratz, 135 000, 4. Glasfabriken Ujscie (Fabryki Szkla Ujscie Sp. Akc. dwan, Friedrich Siemens), Ujscie, Polen, 135 000, 5. A.-G. Gerresheimer Glashüttenwerke, vormals Ferdinand Heye, Düsseldorf-Gerresheim, 19 123 573, 6. A.-G. für Glasindustrie, vormals Friedrich Siemens, Dresden, 11 929 707, 7. H. Heye, Glasfabrik Schauenstein, 9 017 561, 8. Glaswerke Ruhr A.-G. (Gewerkschaft Zeche Matthias Stinnes), Essen-Karnap, 7 604 738, 9. Oldenburgische Glashütte A.-G., Oldenburg, 6 609 995, 10. Stralauer Glashütte A.-G., Berlin-Stralau, 6 588 370, 11. Gebrüder Stövesandt, Kommanditgesellschaft a. A., Rinteln, 3 820 389, 12. Hallesche Pfännergesellschaft (Mansfeld A.-G.), Halle a. d. S., 2 270 609, 13. Himly Holscher & Co., Komm.-Ges., Nienburg-Weser, 1 420 031, 14. Hein & Dietrichs, o. H.-G., Bergedorf, 1 383 990, 15. Glashütte Aachern A.-G., Aachern, 1 095 658, 16. Weihrauch & Zimmer, o. H.-G., Weißstein, 410 872, 17. C. J. Probst, Wächterberg, 345 997, 18. Witthoff & Co., o. H.-G., Königsteele, 295 539, 19. A.-G. Glashüttenwerke Adlerhütten, Penzig, 115 332, insgesamt 119 557 165. Ueber die größte Quote verfügt demnach die N. V. Verenigde Glasfabrieken (United Glasworks) in Schiedam, Holland, an der bekanntlich auch die A.-G. der Gerresheimer Glashüttenwerke finanziell beteiligt ist. Die Geschäftsanteile und Quoten der Glasfabrik Kosten G. m. b. H. sind gleich nach der Gründung mit Wirkung vom 1. Januar 1930 ab an die zu Neu-Sattel in der Tschechoslowakei ansässige Zweigniederlassung der A.-G. für Glasindustrie vorm. Friedrich Siemens in Dresden übergegangen.

In dem Syndikatsvertrag ist, wie mitgeteilt, ein Territorialschutz für die Heimatgebiete der im Internationalen Verkaufskontor zusammengeschlossenen Glashütten vereinbart worden. Die Gerresheimer Glashüttenwerke haben sich darüber hinaus wegen gewisser Bedingungen einen Vorbehalt wegen der Belieferung des brasilianischen Marktes gesichert. Es ist im übrigen interessant, daß ähnlich wie beim Deutschen Flaschensyndikat auch beim Internationalen Flaschenverkaufskontor ein bedingtes Neubauverbot vertraglich festgelegt worden ist. Die Gesellschafter haben sich nämlich verpflichtet, ohne Zustimmung der anderen Syndikatsteilnehmer keine neue Fabrik für die Herstellung von Vertragsartikeln in irgendeinem Lande, mit Ausnahme des eigenen Heimatsgebietes zu errichten, ebenfalls keine unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligungen an Fabriken, die nach dem Jahre 1929 errichtet werden, zu übernehmen.

Radeberg.

In den Sächsischen Hartglaswerken in Radeberg sind, seit dort ein Herr Tschackert als Mitinhaber tätig ist, die sonderbarsten Dinge möglich. Die Betriebsvertretung war für diesen Herrn wahrscheinlich nur auf dem Papier vorhanden; denn in den Fällen, wo sie gehört werden sollte, wurde meist ganz einseitig verfahren. So war es auch bei Entlassungen. Am 17. Dezember wurde eine Arbeiterin, welche schon 7½ Jahre dort beschäftigt war, wegen angeblichem Arbeitsmangel entlassen, trotzdem diese in der Abteilung die einzige Arbeiterin war, und durch eine andere ersetzt werden mußte. Diese Arbeiterin war aber nicht bereit, sich dieses ohne weiteres bieten zu lassen (wie es leider schon viele vor ihr getan haben); sie erhob Einspruch gegen ihre Entlassung. Die Betriebsvertretung erkannte diesen Einspruch einstimmig für berechtigt an. Die eingeleiteten Verhandlungen der Betriebsvertretung sowie der Zahlstelle wurden von der Firma rundweg abgelehnt. Die beim hiesigen Arbeitsgericht eingereichte Klage (die Prozeßvertretung hatte der 1. Bevollmächtigte der Zahlstelle übernommen) hatte den Erfolg, daß die Firma am 5. Februar zu einer Entschädigung von 350 RM verurteilt wurde. Die von der Firma eingelegte Berufung beim Landesarbeitsgericht Dresden wurde durch verkündetes Urteil am 28. März kostenpflichtig verworfen. Hoffentlich erkennt Herr Tschackert, daß es noch ein Arbeitsgericht gibt, und daß er heute ohne Betriebsvertretung und Gewerkschaft nicht mehr schalten und walten kann, wie es ihm beliebt.

Neue Wege der Lohngestaltung.

In der Porzellanindustrie sind in den vergangenen Monaten mehrfach Versuche unternommen worden, ein neues Lohnsystem zur Einführung zu bringen. Die Porzellanindustrie ist eine ausgesprochene Akkordindustrie. Die manuellen Leistungen überwiegen bei weitem die maschinellen Einrichtungen und die technischen Vorgänge. Immer wieder ist die Handarbeit das Ausschlaggebende. Aus diesem Grunde glaubten die Unternehmer der Porzellanindustrie, daß sich das sogenannte Bedeaux-System als neues Lohnsystem in der Porzellanindustrie gut eigne. Die Firma Porzellanfabrik Thomas in Marktredwitz, die zum Rosenthalkonzern gehört, und die Firma Porzellanfabrik Kahla A.-G. in Kahla, die zum Kahla-Schomburg-Konzern gehört, haben Versuche mit dem Bedeaux-System unternommen und sich die Sache ein rechtes Stück Geld kosten lassen; aber eingeführt konnte das System in diesen beiden Betrieben nicht werden. Das mag an mancherlei Umständen gelegen haben. Erstens einmal hat sich die Arbeiterschaft, gestützt auf ihre gewerkschaftliche Organisation, sehr stark gegen die Einführung gewehrt, und zweitens wird die Firma bei der beabsichtigten Einführung dieses Systems darauf gestoßen sein, daß die Durchführung des Bedeaux-Systems außerordentlich kostspielig ist und sich zur Einführung deswegen nicht eignet. Beim Bedeaux-System muß eine ganze Schar sogenannter Bedeaux-Ingenieure und dann von diesen angelernte, in der Lohnbuchhalterei und bei der Verrechnung nach diesem System Beteiligte, unterhalten werden. Die Bedeaux-Gesellschaft gibt ihr System nicht preis. Sie schließt Kontrakte mit den Firmen, die dieses System einführen wollen, ab, und der Preis scheint nicht billig zu sein. Ausschlaggebend bei Nichteinführung dieses Systems wird aber wohl die Arbeiterschaft gewesen sein, die sich gegen die Einführung eines solchen Schwitz- und Drucksystems gewehrt hat. Bei der Firma Thomas in Marktredwitz wurden in einigen Abteilungen längere Zeit Errechnungen des Lohnes nach dem Bedeaux-System vorgenommen, wobei man in einer Abteilung nach dem Bedeaux-System einen etwas höheren Lohn errechnete, als er jetzt im einfachen Akkordsystem erreicht wird. In einer anderen Abteilung war die Tatsache zu verzeichnen, daß alle Beteiligten bei der Entlohnung nach dem Bedeaux-System weit unter ihren bisherigen Akkordverdiensten geblieben waren und auf ihre bisherigen Verdienste nur gekommen wären, wenn sie ihre Leistungen gewaltig gesteigert hätten. Die von den Bedeaux-Ingenieuren angeführten 60 Punkte wurden nur selten erreicht. Das war ein Beweis, daß bei Uebernahme dieses Systems unter allen Umständen gewaltige Leistungssteigerungen hätten stattfinden müssen, und die Betriebsleitung scheint eingesehen zu haben, daß man diese Leistungssteigerungen, hier handelt es sich um Arbeiterinnen, diesen nicht zumuten konnte. In Kahla ist es nicht einmal zur probeweisen Einführung des Bedeaux-Systems gekommen, weil unsere Kollegen dieses System von vornherein ablehnten. Sie konnten sich dabei auf die seit Jahren gemachten und auch durch die Arbeitgeber bestätigten Feststellungen stützen, wie außerordentlich die Leistungen in der Nachkriegszeit, insbesondere seit Einführung der verkürzten Arbeitszeit, gestiegen sind. In Kahla sind die Bedeaux-Ingenieure über Anfangsversuche nicht hinausgekommen.

Die Arbeitgeber versuchten dann die Einführung des Bedeaux-Systems zu erzwingen, und das Oberschiedsamt, eine tarifvertragliche Schiedsinstanz, sollte dazu angerufen werden und eine Entscheidung fällen. Das Oberschiedsamt konnte in dieser Frage nicht tagen, weil die Arbeitnehmerseite behauptete, daß diese Frage keine Streitfrage sei, die aus dem Tarifvertrag reguliert und die dem Oberschiedsamt auch nicht zur Beurteilung unterbreitet werden könne. Bei den vor kurzem stattgefundenen Reichstarifverhandlungen für die Feinkeramische Industrie legten die Arbeitgeber die Forderungen auf das Bedeaux-System in der feinkeramischen Industrie fallen. Sie verlangten aber jetzt für die Lohnfestsetzungen bei Akkordarbeitern ein neues System, das man allerdings nicht in seiner Auswirkung und Anwendung erkennen konnte; denn die Forderung der Arbeitgeber lautete nur, daß die Stückpreise nach „Geld und Zeit" gemacht werden müßten. Weil dieser Begriff zu undefinierbar, zu undurchsichtig war und weil man nicht erkennen konnte, wie nun in den einzelnen Betrieben die Stückpreise nach Geld und Zeit gemacht werden sollten, lehnten die Arbeitnehmer auch diese Art der Stückpreisberechnung im Vertrag ab, und in dem ergangenen Schiedsspruch wurde sie auch nicht aufgenommen. Die Arbeitgeber scheinen begriffen zu haben, daß das Bedeaux-System vielleicht bei größeren Firmen und Abteilungen, wenn auch mit vielen Unkosten eingeführt werden könne, mittlere und kleinere Betriebe sich dieses System allerdings nicht zulegen können wegen seiner Kostspieligkeit. Deswegen schien man bestrebt zu sein, etwas Neues einzuführen, was sich jeder im Betrieb nach eigenem Ermessen einrichten kann, ein System zur Feststellung der Stückpreise nach Geld und Zeit. Jedenfalls hätte das hier gemeinte System bedeutet, daß die Stückpreise ganz willkürlich in jedem Betrieb nach einer anderen, der jeweiligen Firma beliebigen Art, hätte gemacht werden können. Dagegen mußte sich die Verhandlungskommission ebenfalls wehren. Auf die Einführung des Bedeaux-Systems legten jedenfalls die Unternehmer keinen Wert mehr. Das wurde bei den Verhandlungen auch versichert. Was sie nun wollen war, Stückpreise festsetzen nach einem neuen anderen aus bekannten System, wobei Zeitstudien das Ausschlaggebende sein sollten. Aber der neue Schiedsspruch für unseren Tarif sieht auch dieses System, wie schon oben gesagt, ebenfalls nicht vor. Es bleibt also bei der alten Regelung. Unsere Kollegen und Kolleginnen haben bei der Stückpreisbildung mitzuwirken, und die Preise müssen durch Vereinbarung zustandekommen. Bei der ganzen Angelegenheit ist es ein Erfolg für die Arbeiterschaft und ein Erfolg unseres Verbandes, daß die Einführung des Bedeaux-Systems abgelehnt wurde. Die Porzellanarbeiter haben sich damit bei der gesamten Arbeiterschaft und bei unserem Verband ein Verdienst erworben, das sie allerdings nur mit dem Verband und durch den Verband gewinnen konnten. Bis heute gibt es ganz wenige Betriebe, man kann sie an einer Hand abzählen, die das Bedeaux-System eingeführt haben, und die Belegschaften dieser Betriebe stöhnen unter diesem System. Mögen auch die Belegschaften dieser Betriebe zur Erkenntnis kommen und im Interesse der gesamten Arbeiterschaft sich gegen dieses System wehren. Wenn sie einig sind und im Vertrauen auf ihren Verband gegen dieses System ankämpfen, wird es ihnen genau so gelingen wie den Porzellanarbeitern, sich von diesem System freizumachen.

Kahla-Umstellung.

Die Porzellanfabrik Kahla A.-G. in Kahla fabriziert bekanntlich neben Porzellangeschirr auch Elektroporzellan. Das Unternehmen geht nun dazu über, seine Produktion zu spezialisieren und die Betriebe umzustellen. Die Geschirrproduktion wurde bekanntlich im Vorjahre im wesentlichen spezialisiert, wobei die Abteilung von Freiberg nach Schönwald verlegt wurde. Die Spezialisierung bewährte sich anscheinend sehr, denn die Erzeugung blieb, trotz Arbeiterentlassungen und Stillegung ganzer Betriebsteile, mengenmäßig auf der Höhe. Aber trotz der Spezialisierung sollte Kahla nicht versäumen, besonders für seine billigen Artikel einen völlig technisierten Betrieb zu errichten. Nur die vollkommenste Technik ermöglicht die Konkurrenz auf dem Weltmarkt.

Die gemachten Umstellungserfahrungen in den Porzellangeschirrbetrieben veranlaßte die Kahla A.-G. nun dazu, auch ihre elektrotechnischen Porzellanfabriken zu spezialisieren. Die Aenderung ist so vorgesehen, daß Freiberg auf Niederspannungsartikel umgestellt wird. Das vor Jahren dort erbaute Prüffeld für 1 Million Volt ist nun überflüssig. Die Werke in Hermsdorf und Margarethenhütte machen künftig ausschließlich Hochspannungsartikel, davon Hermsdorf nur Großstücke und Margarethenhütte mittlere und kleine Gegenstände. Was aus Schwandorf wird, konnte noch nicht ermittelt werden.

Die Maßnahmen werden Belegschaftsverschiebungen auslösen und in verschiedenen Orten zu Entlassungen führen. In Freiberg sind Neueinstellungen zu erwarten, während in Hermsdorf und Margarethenhütte Entlassungen vorgenommen werden. Hermsdorf wurde in den letzten Jahren sehr schwer betroffen, von den ehemals über 200 vorhandenen Drehern ist ein Rest von 60 übriggeblieben.

Wir geben zu, daß die Kahla-Werke umgestellt und spezialisiert werden mußten, müssen aber darauf verweisen, daß in Kahla und Schönwald, in beiden Orten, mehrere hundert ehemals Beschäftigte die trauernden und arbeitslosen Hinterbliebenen sind. Wenn nun in Hermsdorf, Margarethenhütte und schließlich auch in Schwandorf (Zwickau und Rauenstein wollen wir gar nicht mehr zählen) noch einige hundert Beschäftigte ihre Entlassung zu erwarten haben, so muß man sagen, daß die Aktiengesellschaft Kahla eine große Zahl Arbeitslosenopfer auf den Altar der Rationalisierung brachte, die nun die von den Profitmachern dreimal verfluchte Arbeitslosenversicherung und die Wohlfahrtsämter auf Kosten der Allgemeinheit zu versorgen haben. Die Aktiengesellschaft Kahla ist ein typisches Beispiel dafür, wie auf Kosten der Allgemeinheit rationalisiert wurde.

Kein Konzern der Porzellanindustrie setzte in den letzten Jahren soviel Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Straße wie der Kahla-Konzern. Ob das auch einmal wieder anders wird?

Colditz.

Die Steingutfabrik A.-G. Colditz weist für das Geschäftsjahr 1928 nach beträchtlichen Abschreibungen einen Reingewinn von 3[illegible] RM aus. Davon kommen auf ein Aktienkapital von 3¼ Millionen RM 7 Proz. Dividende zur Verteilung. Zur Beurteilung der Höhe der Abschreibungen, Rücklagen usw. sei erwähnt, daß der Rohgewinn über eine Million RM betrug.

Diese Zahlen beweisen, was von den Klagen der Unternehmer über schlechten Geschäftsgang und der Unrentabilität der Betriebe zu halten ist. Für die Arbeiter allerdings, da war das vergangene Jahr ein schlechtes. Monatelang wurde die Belegschaft der Steingutfabrik A.-G. durch Kurzarbeit auf Hunger gesetzt, und gar mancher mußte seine Arbeitsstelle gegen das Straßenpflaster eintauschen. Und die im Betrieb verbliebenen werden durch ein geschickt geführtes Antreibersystem zu übermenschlichen Leistungen gezwungen. In der Dreherei und auch in anderen Abteilungen werden Leistungszahlen erreicht, die einem an normales Arbeiten gewöhnten Facharbeiter unglaublich erscheinen. Wie es um die Qualität der erzeugten Ware steht, erübrigt sich wohl, beschrieben zu werden. Auch über die Höhe der Stückpreise wird am besten geschwiegen.

Und doch trifft die Kollegenschaft in diesem Betrieb einen großen Teil Schuld an diesen mißlichen Verhältnissen selbst. Kaum einen anderen Betrieb im Reiche dürfte es geben, wo die Arbeiterschaft so sinnlos und ohne Unterbrechung Tag für Tag früh und abends stundenlang überarbeitet und weder Frühstücks- noch Mittagspause einhält. Auch im Winter wanderten schon früh vor 5 Uhr Männer und Frauen in die Fabrik und, da das elektrische Licht erst ab ½6 Uhr brennt, wird bei Kerzenlicht gearbeitet. Da wird garniert, verputzt und alles mögliche gemacht. Das Rauchen im Betrieb ist wegen Feuersgefahr streng verboten. Bei offenem Kerzenlicht besteht scheinbar Feuersgefahr nicht. Um 4 Uhr ist Arbeitsschluß. Wer aber zwischen 5 und 6 Uhr abends oder noch später in die Nähe des Betriebes kommt, der kann noch ganze Gruppen Arbeiter und Arbeiterinnen treffen die von der langen Schicht abgerackert und müde nach Hause wanken.

Alles Reden der Betriebsräte, alles Reden der Gewerkschaftsvertreter ist vergebens. Auch die Gewerbeinspektion, die wiederholt darauf hingewiesen wurde, scheint machtlos gegenüber diesem gesetzwidrigen Treiben zu sein.

Man sollte doch meinen, daß angesichts der großen Zahl Arbeitsloser, der Not und des Elends diese Ueberstundenschieber, diese Räuber an ihrer Gesundheit selbst zur Einsicht kommen müßten. Sie müßten doch erkennen, daß sie mit schuld sind an dem großen Heer der Arbeitslosen, schuld sind an den elenden Stückpreisen in ihrem Betrieb, so daß ihre vernünftig handelnden Arbeitskollegen unter Tariflohn arbeiten müssen und daß die Akkordarbeiter in den letzten Jahren keine Erhöhung ihres Lohnes erhalten haben.

Es kann nicht als Entschuldigungsgrund gelten, daß bei Einhalten der gesetzlichen Arbeitszeit der erzielte Verdienst zu gering sei. Der Tarifvertrag der Feinkeramischen Industrie besteht auch für die Betriebe in Colditz zu Recht. Es liegt nur an den Kollegen und Kolleginnen selbst, sich restlos im Keramischen Bund, Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter, zu organisieren, und die Richtigstellung zu niedriger Stückpreise wird nicht lange auf sich warten lassen.

Creidlitz.

In Creidlitz streiken immer noch 149 Arbeiter und Arbeiterinnen der dortigen Porzellanfabrik. Am Ende der dritten Woche stehen die Streikenden noch so geschlossen wie am ersten Tage. Auch nicht einer der Arbeiter oder eine der Arbeiterinnen hat die Reihen verlassen. Das ist ein Zeichen dafür, wie alle sich der guten Sache, für die sie eintreten, bewußt sind. Die Porzellanfabrik Creidlitz ist eine Außenseiterfirma, die nicht dem Arbeitgeber-Verband, und auch nicht den wirtschaftlichen Verbänden der Arbeitgeber angehört, und aus den Kreisen der Arbeitgeber wird schon lange über die starke Konkurrenz der Creidlitzer Betriebe geklagt. Creidlitz hat alle Fabriken, die ähnliche Artikel fabrizieren schon immer unterboten. Im Kontor der Firma hängen Plakate mit der bekannten Aufschrift: „Kauft nicht bei Verbandsfirmen usw." Wir Arbeiter haben die Pflicht, unseren Tarifvertrag auch bei dieser Firma voll zur Anerkennung zu bringen. Das sind wir erstens einmal uns selbst, und dann auch den Arbeitgebern schuldig, die den Vertrag bisher loyal erfüllt haben. Die Betriebsleitung in Creidlitz muß sich sagen lassen, daß es mit den Methoden, die Herr Flehmig in Creidlitz angewandt hat, nicht weiter gehen kann. Der Vertrag ist für allgemeinverbindlich erklärt und muß auch für Creidlitz maßgebend sein. Die Porzellanarbeiter des ganzen Deutschen Reiches stehen hinter den Streikenden in Creidlitz und wünschen ihnen vollen Erfolg.

Verbindlichkeitsverhandlungen.

Vorige Woche haben im Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen über die Verbindlichkeitserklärung des in Nürnberg gefällten Schiedsspruches für die Feinkeramische Industrie stattgefunden. Die Arbeitgeber haben bekanntlich den Schiedsspruch abgelehnt, und sie haben mit größerer Energie auf das Reichsarbeitsministerium eingewirkt, daß dieser Spruch nicht für verbindlich erklärt werden soll. Die Unternehmer könnten die 5 Prozent Ueberstundenaufschlag nicht bezahlen, sie könnten auch nicht zugestehen daß es in Zukunft Effektivaufschläge geben darf, und sie könnten weiter auch nicht zugestehen, daß die Bildung der Stückpreise so wie bisher weiter gemacht werden. Der Vertreter des Ministeriums hat sich bemüht, eine Vereinbarung zwischen den Parteien zustandezubringen, und das ist nicht gelungen, weil wir auf den Schiedsspruch bestehen müssen und auch vom Ministerium verlangen müssen, daß es die Verbindlichkeitserklärung ausspricht. Beim Druck dieser Zeilen ist eine Antwort des Ministeriums noch nicht eingegangen.

Waldsassen.

Die Porzellanfabrik Waldsassen, Bareuther & Co., A.-G. beschloß in der Aufsichtsratssitzung, der Generalversammlung bei reichlichen Abschreibungen und vorsichtiger Bewertung der Bestände die Verteilung einer Dividende von 6 Proz. auf die Stammaktien vorzuschlagen. Das ist für das verflossene Geschäftsjahr ein Ergebnis, mit dem die Aktionäre zufrieden sein können. Der Mehrwert, den die Belegschaft erarbeitet, kommt den Nutznießern der Arbeitskräfte sehr zu statten.

Ullersricht.

Die Porzellanfabrik Bavaria A.-G. in Ullersricht weist in ihrer Bilanz per 31. Dezember 1928 einen Verlust von 284 703 Reichsmark aus und wird der Generalversammlung mitteilen, daß mehr als die Hälfte des 700 000 RM betragenden Aktienkapitals verloren ist. Es soll dort auch über die Zusammenlegung und Wiedererhöhung des Aktienkapitals beschlossen werden. Es ist eigenartig, daß eine Fabrik wie Ullersricht geschäftlich nicht auf einen grünen Zweig kommt. Wo mag denn nun der Grund liegen?

Waldenburg.

Unser langjähriger Gewerkschafts- und Parteigenosse Paul Stiller, Porzellanmaler in der Kristerschen Manufaktur, kann auf eine 50jährige Tätigkeit in diesem Werk zurückblicken. Bereits seit 35 Jahren organisiert, nimmt unser Kollege Stiller auch heute noch, zum Vorbild für manchen Jungen, an der Bewegung regen Anteil. Wir gratulieren!

Märchen über die hohen Löhne in der Ziegelindustrie. (Schluß.)

Wenn sich die Unternehmer der Ziegelindustrie gegen die Einschränkung der Bauten hauptsächlich des Wohnungsbaues wenden und verlangen, daß die Hauszinssteueraufkommen zur Förderung dieses restlos verwandt werden, so haben sie sicher auch die Arbeiterschaft hinter sich. Aber mit dem Geschrei über die hohen Zieglerlöhne sollen sie nun endlich Schluß machen. Die Löhne in der Ziegelindustrie sind nicht zu hoch, sondern viel zu niedrig.

In diesem Frühjahr läuft eine Reihe von Lohntarifen in der Ziegelindustrie ab. Einige sind von Unternehmerseite mit der ausgesprochenen Absicht gekündigt, die jetzigen, so unzureichenden Löhne abzubauen. Die Arbeiterschaft fordert eine weitere Erhöhung, weil sie eben mit den jetzigen Lohnsätzen auch nicht im entferntesten eine, wenn auch nur bescheidene menschenwürdige Existenz aufrechterhalten kann.

Welche Löhne im Durchschnitt in der Ziegelindustrie des Deutschen Reiches gezahlt werden, kann man an Hand der im Jahre 1929 abgeschlossenen Lohntarife ersehen.

Es betrugen die Spitzenstundenlöhne in der deutschen Ziegelindustrie Ende 1929 im Reichsdurchschnitt:

Zahl der Tarife bei	Art des Tarifes	Ziegelei-Facharbeiter	Ungelernte Ziegeleiarbeiter	Ziegeleiarbeiterinnen	Betriebs- u. Reparaturhandwerker
		in Reichspfennigen			
28	Bezirkstarifen	85,7	76,75	58	86,47
72	Ortstarifen	76,0	69,61	45,68	83,57
92	Werks- oder Firmentarifen	73,75	64,58	45,53	79,74

Das sind Lohnsätze, die noch weit unter dem Reichsdurchschnitt für die übrigen Gewerbe stehen, abgesehen von den Löhnen der Saisongewerbe bzw. der für Bauhandwerker und Arbeiter.

Nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamtes betrugen die tariflichen Durchschnittslöhne für das Baugewerbe:

für gelernte Bauarbeiter . 140,9 Pf.
„ ungelernte „ . 116,1 „

für alle übrigen Gewerbe einschließlich Verkehr:

für Gelernte . . . . . 111,4 Pf.
„ Ungelernte . . . . . 83,9 „

Gemessen an vorstehenden Sätzen müßten die Ziegeleiarbeiter noch große Anstrengungen machen, um letztere zu erreichen, vielmehr noch, um an die Sätze für das Baugewerbe heranzukommen. Auch die Ziegeleiarbeiter sind ja in der Arbeitslosenversicherung unter der Rubrik Saisonarbeiter eingereiht und müßten schon angesichts dieser Tatsache bedeutend höhere Löhne wie oben erhalten.

Es muß außerordentlich schlecht um die deutsche Wirtschaftsführung bestellt sein, wenn die Unternehmer stets und ständig über zu hohe Löhne schreien.

Die Unternehmer der Ziegelindustrie haben aber am allerwenigsten Ursache, über zu hohe Löhne zu klagen. Wie aus obigen Zahlen zu ersehen ist, liegen die Zieglerlöhne weit unter dem Durchschnitt der übrigen, trotzdem die Ziegelindustrie zum Saisongewerbe gestempelt ist.

Wenn die Wirtschaftlichkeit der Ziegelindustrie wegen zu hoher Löhne gefährdet sein sollte, dann wäre es sowieso in kürzester Frist mit ihr vorbei. Aber so liegen ja die Dinge gar nicht. Auch die Ziegelindustrie hat ihren Unternehmern bisher noch immer eine auskömmliche Existenz gesichert, die um ein vielfaches über derjenigen für die Ziegeleiarbeiterschaft liegt. An dem Darniederliegen der Ziegelindustrie sind ganz andere Ursachen schuld als die hohen Löhne. Das wissen schließlich aber auch die Unternehmer, aber trotzdem schreien sie mit im Chorus der Scharfmacher. Wenn die verschiedenen Syndizi der Unternehmerverbände das tun, so gehört das zu ihrem Handwerk. Tun es aber Leute, die als Wirtschaftsführer gelten wollen, so beweisen sie nur, daß sie zur Führung innerhalb der deutschen Wirtschaft am allerungeeignetesten sind. Sie täten dann wirklich besser, wenn sie die Führung der Wirtschaft Leuten überließen, die wirkliche Wirtschaftsführer sind.

Den Ziegeleiarbeitern möchten wir aber sagen, daß die beste Antwort auf das Geschrei der Unternehmer nur der feste Zusammenschluß in ihrer Organisation, dem Keramischen Bund, Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, sein kann. Sehen sich die Unternehmer einer starken gewerkschaftlichen Organisation gegenüber, so werden sie ihre Gedanken auf andere Mittel wenden müssen, als allein auf Abbau der Löhne und sonstigen sozialen Einrichtungen, wenn sie wirklich den ernsten Willen haben, die Wirtschaftlichkeit der Ziegelindustrie zu heben.

Sind christliche Gewerkschaften notwendig?

Diese Frage wird in „Gut Brand", dem Organ des christlichen Gewerkvereins deutscher Ziegler, in Nr. 6 vom 15. März behandelt und selbstverständlich mit ja beantwortet. Es wird auch eine Begründung gegeben, die so interessant ist, daß es sich lohnt, etwas näher darauf einzugehen. Es heißt da:

„. . . Der heute herrschende kapitalistisch-mammonistische Geist, der das Kapitalsinteresse in den Mittelpunkt allen Wirtschaftens stellt, dem Profit und materieller Gewinn das einzige und höchste ist, der im Menschen nur ein Produktionsmittel, im Lohn nur Produktionskostenfaktor sieht, ist ein Abweichen von der Naturgesetzlichkeit, vom christlichen Sittengesetz."

Und an einer anderen Stelle heißt es:

„Unser Verband, unsere jugendstarke Bewegung will diesen Götzen, diesen Mammongeist zertrümmern . . ."

Die freien Gewerkschaften haben nicht erst heute, sondern schon recht früh, als es noch keine christlichen Gewerkschaften gab, erkannt, daß die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung nur eins kennt, möglichst hohen Gewinn aus der Wirtschaft zu erzielen, selbst auf die Gefahr hin daß die Arbeiterschaft elend dabei zugrunde geht. Wenn es heißt: „Unsere jugendstarke Bewegung (gemeint ist der Gewerkverein christlicher Ziegler mit seinen wenigen Zieglern) will diesen Götzen, diesen Mammonsgeist zertrümmern", so grenzt die Aeußerung tatsächlich an Größenwahn. Also der christliche Gewerkverein will mit seiner christlichen Idee die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung, den Mammonsgeist der Kapitalisten, ändern; und dabei wurzeln die christlichen Gewerkschaften mit ihren christlichen Ideen in der heutigen Gesellschaftsordnung. Auch die freien Gewerkschaften bekommen in dem Artikel ihr Teil ab. Es heißt da:

„Die sogenannten freien, in Wirklichkeit aber sozialistischen Gewerkschaften, sind auf derselben materialistischen Welt- und Lebensauffassung aufgebaut, wie die rein kapitalistische Idee. Auch nach ihrer Auffassung ist der Mensch nicht mehr wie ein höherenwickeltes Tier, Menschengeist und Menschenvernunft nicht mehr als phosphoreszierendes Gehirn, das materielle Interesse, Egoismus und Selbstsucht, einzige Triebkraft für alle menschliche Betätigung. Wo sich diese Welt- und Lebensauffassung bisher durchgesetzt hat, haben nur die Personen der nur auf ihr eigenes Ich, auf möglichst unbeschränkten Gewinn bedachten Ausbeuter gewechselt, die Ausbeutung selbst und die Masse der Ausgebeuteten sind geblieben.

Der christliche Gewerkverein muß die Leser von „Gut Brand" wirklich sehr, sehr dumm einschätzen, wenn er schreibt, die freien Gewerkschaften vertreten die Ansicht, der Mensch sei nur ein höher entwickeltes Tier. Eine derartige Schreibweise kann nur derjenige verbrechen, der mit allen jesuitischen Kniffen arbeitet. Aber mit solchen alten Ammenmärchen die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften beweisen zu wollen, wird selbstverständlich bei allen denkenden Arbeitern nur ein Lächeln hervorrufen. Es muß aber schon sehr schlimm um den christlichen Gewerkverein bestellt sein, wenn er versuchen muß, mit solchen Mitteln seine Mitglieder bei der Stange zu halten. Wenn es weiter heißt, die Ausbeuter haben gewechselt, die Masse der Ausgebeuteten aber ist geblieben, so können diese Worte doch nur so verstanden werden, daß, weil nach Ansicht des christlichen Gewerkvereins die freien Gewerkschaften in dem Menschen nur ein höher entwickeltes Tier sehen, die Arbeitermassen durch die freien Gewerkschaften ausgebeutet würden. Man weiß wirklich nicht, ob ein weltfremder Klosterbruder diese Sätze geschrieben hat, oder ein im öffentlichen Leben stehender christlicher Gewerkschaftssekretär. Hat ersterer die Sätze geschrieben, so ist vieles verständlich, ist aber letzteres der Fall, so kann man nur sagen: „Herr vergib ihm, denn er weiß nicht, was er schreibt."

Aber es wird auch eine Begründung gegeben, warum es keine christlichen Arbeitgeberverbände gibt. Es heißt da:

„Wohl haben die Unternehmer keine christlichen Unternehmerverbände. Aus dem ganz einfachen Grunde, weil sehr viele von ihnen vom Mammonsgeist beherrscht, rein kapitalistisch orientiert sind, und weil sie in der christlichen Welt- und Lebensauffassung das stärkste Hemmnis in der Durchsetzung ihrer extrem kapitalistischen Ziele und die stärkste Gefahr für die Aufrechterhaltung einer nach rein kapitalistischen Interessen orientierten Wirtschaft erblicken. Sie haben auch ihre Organisation nicht zum Anhängsel einer politischen Partei gemacht, sondern mühen sich, in allen Parteien Unterstützung für ihre Ziele zu finden.

Der christliche Gewerkverein hat das Ei des Columbus entdeckt. Weil ein Teil der Arbeitgeber rein kapitalistisch orientiert ist, daher werden keine christlichen Arbeitgeberverbände gegründet. Wer hindert aber den christlich gesinnten, nicht rein kapitalistisch orientierten Teil der Arbeitgeberschaft, nicht auch christliche Arbeitgeberverbände zu gründen? Doch keiner. Die christlichen Gewerkschaften finden es anscheinend ganz in der Ordnung, daß die Arbeiterschaft sich in christliche, freigewerkschaftliche und sonstige Gewerkschaften organisieren, damit die Schlagkraft der Arbeiterschaft geringer ist gegenüber der geschlossenen Macht der Arbeitgeber. Die fadenscheinige Begründung, die freien Gewerkschaften seien ein Anhänger der sozialistischen Partei, ist schon so oft widerlegt, daß es sich wirklich nicht lohnt, darauf näher einzugehen.

Ein schlagenderer Beweis für die Ueberflüssigkeit der christlichen Gewerkschaften und insbesondere des christlichen Gewerkvereins konnte gar nicht besser gegeben werden als in dem Artikel selbst. Aber ein Gutes hat der Artikel, nämlich das: der christliche Gewerkverein der Zieglerschaft bescheinigt damit selbst, daß er überflüssig ist.

Organisation und Betriebsräte in der Ziegelindustrie.

Jedem Funktionär ist die Pflicht auferlegt, die abseits wandelnden Kolleginnen und Kollegen für den Verband, für unsere Ideen zu gewinnen. Auch die Betriebsräte sollten nicht die letzten sein. Sie haben nicht nur rein betriebliche Interessen zu vertreten, sondern darüber hinaus können sie durch volle Hingabe zu ihrem Amt und aufopfernde Tätigkeit mehr für die Kollegenschaft tun, als sonst durch Agitation zu erreichen wär. Erfolge fördern! Die schwere Bürde der Verantwortung, der Glaube bei Annahme eines Betriebsratsamtes, erhebliche wirtschaftliche Nachteile zu haben, schreckt die Kollegen ab, eine solche Funktion auszuüben. Die Folge ist, daß kein Betriebsrat zustande kommt oder Kollegen gewählt werden, die wohl die große Klappe aufreißen, aber keine praktische Arbeit leisten. Die Gewerkschaft allerdings wird dann als Bösewicht geschmäht.

Der Frühling kommt! Neues Leben erwacht und bringt wieder Hoffnung. Jetzt gilt es, bei Beginn der Saison mit frischer Kraft und festem Willen, trotz der sich immer mehr auftürmenden Hindernisse, an die Festigung und an den Weiterausbau unserer Organisation zu gehen. Die erste Pflicht der Organisation ist: die Betriebsratswahlen einzuleiten. Phrasendrescher, irregeführte und verhetzte Kollegen versuchen, dem überzeugten Gewerkschaftler den Rang abzulaufen. Sie wollen bewußt die Selbstzerfleischung der Arbeiterschaft, um hierdurch ihre Position zu stärken, wobei sie jedenfalls den Unternehmern einen großen Liebesdienst erweisen. Die Zeit scheint ihnen günstig zu sein. Die Erregung der Arbeiterschaft, geboren aus der ihnen aufgezwungenen Not, wird folgerichtig benutzt.

Man versucht, die Arbeiter durch niederträchtige Verleumdungen der Gewerkschaftsführer, durch Versprechen, die niemals eingelöst werden können und schöne Worte, zur Siedehitze und zur Explosion zu bringen, damit das starke Fundament der freien Gewerkschaften ins Wanken gerät. Der Wille der Arbeiterschaft, eine Geschlossenheit herbeizuführen, die das Eindringen in die Wirtschaft, die Mitbestimmung garantiert, wird mit den ärgsten Mitteln von Leuten gesprengt, die aus dem Elend der Masse nur rein persönliche Vorteile erreichen wollen. — Wir müssen eine derartige Zerreißung verhindern, indem Kollegen als Funktionäre, als Betriebsräte gewählt werden, die gewerkschaftliches Bewußtsein besitzen und gewerkschaftliche Betätigung zeigen. Gegenseitiges Vertrauen, offene Aussprache wird immer dazu dienen, betriebliche Vorteile zu erringen. Die Zieglerkollegen müssen davon abgehen, die Betriebsräte als Alleinschuldigen der bestehenden miesen Betriebsverhältnisse hinzustellen. Der nur ist schuldig, der glaubt, seine Person, seine Kraft werde nicht gebraucht. Alle, das gilt besonders für uns Ziegler, müssen sich zu der Ueberzeugung durcharbeiten, daß unser Verband jede Kraft, auch die geringste, braucht, um günstige Resultate erzielen zu können. Vereint sind wir unbesiegbar, zerrissen — wehrlos. Fehlerhaft sind alle Menschen und wo sich Fehler einschleichen, wollen wir durch scharfe aber gerechte kritische Betrachtungen Wege zur Besserung der Zustände beschreiten. Eins ist natürlich nötig: die Betriebsräte der Ziegelindustrie müssen an das Studium der Lohn- und Manteltarife herangehen, um auf dem laufenden zu sein. Weiterhin sollen sie sich bemühen, sich über alle wirtschaftliche Fragen, die Arbeiterinteressen berühren, zu orientieren. Festhalten, Aufzeichnen aller wichtigen betrieblichen Vorgänge: Unfallgefahren, hygienische Unterlassungen, Lohnzusammenstellung aller Gruppen, Arbeitszeit, Ofentemperatur usw. sind notwendig, um später, gestützt auf die Unterlagen, den richtigen Weg und die Mittel zu finden, die ein Plus, einen positiven Erfolg verbürgen.

Aber nicht allein in den betrieblichen engen Grenzen dürfen wir bleiben. Weit hinaus — die Ziegeleien liegen sehr zerstreut — muß unsere Orientierung gehen; von Betrieb zu Betrieb soll die Verständigung geführt werden. Gegenseitiger Gedankenaustausch bis ins kleinste, zeigen, wie man dies und jenes ändern könnte. Hier wäre eine dankbare Aufgabe für die Gauleitungen, die richtigen Wege zu finden. Nicht nur mit Worten wollen wir Besseres schaffen; unserem Willen die Tat nach Möglichkeit der Verhältnisse folgen zu lassen, wollen wir unseren Kolleginnen und Kollegen zu erkennen geben. Das zu erreichen, ist nur möglich, wenn den Betriebsräten die Gelegenheit geboten wird, von Zeit zu Zeit in kleinen Bezirken zusammenzukommen, um auf das gründlichste das zustehende Fragengebiet zu diskutieren. Aktivität wird verlangt, und somit muß den Funktionären die Möglichkeit gegeben werden, betriebliche Erfahrungen auszutauschen und nicht, daß sie sich nur auf das Erlauschte einstellen müssen. Auch für unsere wißbegierigen Kollegen wird es eine Beruhigung sein, wenn sie ersehen, daß nichts unversucht bleibt, Besserung zu schaffen.

Gehen wir an das Werk! Von Stufe zu Stufe wollen wir klettern, und sieht die Zukunft noch so düster aus, unsere Verband wird unser Stützpunkt sein, mit dessen Hilfe für uns einmal die Sonne scheinen wird. Lassen wir keinen Kollegen und keine Kollegin in ihrem Glauben schwankend werden. Als große Masse können wir die Rechte holen, um die die Arbeiter so schmählich betrogen werden.

Hans Ludwig, Eisenberg.

Amerikas Zementindustrie klagt über schlechte Geschäfte.

Nicht nur in Deutschland klagen die Zementunternehmer über schlechte Geschäfte im Jahre 1929, sondern auch in Amerika. Nach den in der Fachpresse veröffentlichten Berichten ist die Erzeugung von Zement in den Vereinigten Staaten von 176 Mill. Faß im Jahre 1928 auf 169 Mill. Faß zurückgegangen. Das sind 7 Mill. Faß oder 3,9 Proz. weniger. Dieses Minus der Erzeugung ist durch den Minderabsatz bedingt. Durch Erreichtung von neun neuen Werken ist jedoch die Kapazität um 9—10 Mill. Faß und durch Erweiterung und Ausbau bestehender Werke um weitere 3—4 Mill. Faß gestiegen. Die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Zementindustrie betrug 257 Mill. Faß gegen 245 Mill. Faß Ende 1928. Die Produktionsfähigkeit konnte nur noch zu ungefähr 66 Proz. ausgenutzt werden. Noch vor einigen Jahren wurde sie zu 80 Proz. ausgenutzt, um schon Ende 1928 auf 75 Proz. zu sinken. Der Preis pro Faß ist von 1,57 Dollar 1928, auf 1,45 Dollar 1929 gesunken. Es seien in manchen Distrikten Preisreduktionen bis zu 25 Proz. eingetreten. Die rückläufige Preisbewegung datiert schon seit 1923.

In Geld ausgedrückt war der Gesamterlös im Jahre 1929 nur noch 245 Mill. Dollar gegen 276 Mill. Dollar im Jahre 1928.

Wie sich die Preise im einzelnen seit 1919 gestalteten, geht aus folgendem hervor. 1919 war der Preis pro Faß 1,70 Dollar, 1920 2 Dollar, 1922 etwa 1,77 Dollar, 1923 etwa 1,90 Dollar. Seit dieser Zeit ist er dauernd gefallen, um 1929 bis auf 1,45 Dollar anzukommen.

Das Ergebnis von 1929 wird als äußerst ungünstig bezeichnet. Die Ersparungen infolge Rationalisierung wurden zum größten Teil durch erhöhte Aufwendungen für die Organisation des Absatzes infolge des scharfen Konkurrenzkampfes aufgewogen.

Die Klagen über den Wettbewerb des eingeführten Zements seien für 1929 weniger berechtigt, da gegenüber 1928, wo noch 2,25 Mill Faß eingeführt wurden, für 1929 das Quantum nur noch rund 1,8 Mill. Faß betrug. Daran war Belgien mit ¾ beteiligt. Der Preis des eingeführten Zements ist von 1,33 Dollar auf 1,14 Dollar pro Faß gefallen. Aus letzteren Zahlen kan man ersehen, daß die ausländische Zementindustrie mit der amerikanischen Zementindustrie nur konkurrieren kann, wenn die Preise weit unter denen für amerikanischen Zement liegen. Die amerikanische Zementindustrie ist — wie oben ersichtlich — einem Minderabsatz mit Preisreduktionen begegnet. Durch scharfe Rationalisierung suchte sie bisher das Mindererergebnis im Preis wieder auszugleichen. Bis auf das Jahr 1929, wo gesagt wird, daß die Ersparungen durch Rationalisierung anderweitig infolge höherer Aufwendung für die Organisation des Absatzes wieder aufgewogen wurden, scheint es bisher auch immer gelungen zu sein. Aus früheren Veröffentlichungen konnte jedenfalls festgestellt werden, daß sich Produktion und Absatz bis 1929 immer aufwärts bewegten. Die deutsche Zementindustrie ist jahrelang auf ihren Preisen stehengeblieben. Erst in letzter Zeit sind Preisreduktionen, die man als allgemein ansprechen könnte, eingetreten, aber auch erst, als infolge der verstärkten Konkurrenz der Außenseiter und der schlechten Konjunktur der Absatz fühlbar zurückging. In punkto Rationalisierung wird die deutsche Zementindustrie der amerikanischen nicht viel nachgeben. Aus den bisher veröffentlichten Geschäftsberichten kann man jedenfalls entnehmen, daß in dieser Beziehung noch kein Stillstand eingetreten ist.

Auch von der amerikanischen Zementindustrie wird berichtet, daß 17 Gesellschaften Neubauten und Erweiterungen bestehender Werke geplant haben. Das wird den Konkurrenzkampf bedeutend verstärken. Wahrscheinlich wird zu verzeichnen sein, daß die Preise weiter gesenkt werden. Das ist ja vielfach das Merkmal der amerikanischen Industrie allgemein.

Neue Kachelfabrikationsmethode.

Während die norwegische Kachelindustrie bisher noch nach älteren Methoden arbeitete, ist die Kerament A/S in Sörengen jetzt zu einer Fabrikation nach neuen ausländischen Patenten übergegangen. Hiernach wird zunächst die Unterlage für die Kacheln von Zement und Sand in einer Form gegossen. Die Oberfläche wird geglättet und erhält dann ihre Glasur. Mit starkem Druck wird erst gewöhnlicher Zement, und dann weißer Medusa-Zement über die Form geblasen. Mittels eines Luftschlauches werden dann Ornamente in die nasse Fläche geblasen. Dann wird der Farbstoff herübergeblasen. Die Fläche wird dann in die einzelnen Kachelgrößen eingeteilt. Darauf werden sie in einen mit Feuchtigkeit gesättigten Raum von bestimmter konstanter Temperatur zum Abhärten gebracht, wozu drei Tage erforderlich sind. Die Mehode, die vor allem Risse in der Glasur verhütet, soll sich sehr gut bewährt haben.

Gaue und Zahlstellen

Höhr-Grenzhausen. Kreiskonferenz.

Am 23. März d. J. fand in Höhr die Kreiskonferenz der Bezirkszahlstelle Höhr-Grenzhausen statt; die einzelnen Filialen waren restlos vertreten. Außerdem war anwesend als Vertreter des Gaues 13 der Kollege Bruns, Frankfurt a. M. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung wurde zuerst zur Neuwahl des Kreisvorstandes geschritten, der sich wie folgt zusammensetzt: 1. Bevollmächtigter: Peter Kehr, Höhr; 2. Bevollmächtigter und Geschäftsführer: Hans Otte, Höhr; Revisoren bzw. Beisitzer: Jacob Comes und Fritz Hoffmann, Oberlahnstein; Florian Storch und Emil Singer II, Wirges; Hermann Dietz, Mogendorf; Rudolf Gräf, Hillscheid; Karl Bindczek, Braubach; Clemens Gerhards, Grenzhausen; Jacob Felix Kamp, Höhr.

Der Jahres- und Kassenbericht war den Delegierten schriftlich vorgelegt worden. Kollege Otte gab jedoch die näheren Erläuterungen dazu.

Die Beschäftigungsmöglichkeit der einzelnen Industriezweige war in der Berichtszeit, abgesehen von kürzeren Zeitabschnitten, leidlich zufriedenstellend.

Eine Fülle von Kleinarbeit in Fragen der Sozialversicherung, beim Arbeitsamt, Oberversicherungsamt sowie vor dem Arbeitsgericht usw. mußten im Interesse der Mitglieder geleistet werden. In den meisten Fällen wurde zu deren Gunsten entschieden.

Die zahlenmäßige Aufstellung des Tätigkeitsberichtes des Geschäftsführers bewies, daß mit Hilfe aller Funktionäre vieles im Interesse der Mitglieder geleistet werden konnte. Besonders erwähnenswert sei der Antrag auf Herausnahme der Tongruben aus der Sonderfürsorge, der ebenfalls erfolgreich durchgeführt werden konnte.

Kollege Otte mußte leider die Frage der Betriebsräte bemängeln und bat, dieser in Zukunft größere Aufmerksamkeit zu schenken und für restlose Vertretungen in den Betrieben Sorge zu tragen, damit auch dadurch die Verbindung zwischen Betrieb und Bezirksleitung vollauf gewährleistet ist.

Dem Kassenbericht war zu entnehmen, daß die Anzahl der verkauften Marken 94 317 Stück mit einem Betrag von 96 027,44 RM betrug. An Arbeitslosen- und Krankenunterstützung mußten 30 791,80 RM ausgezahlt werden. Der Kassenbestand der Lokalkasse konnte in der Berichtszeit ebenfalls erhöht werden und ist einschließlich im Eigenheim festangelegter Summer 13 249,52 RM.

Kollege Otto streifte ferner in seinen Ausführungen die Verbandsbeiratssitzung vom Dezember 1929 und gab die wichtigsten Punkte daraus bekannt. Der Bezirk umfaßt zur Zeit rund 2100 Mitglieder.

An der Aussprache über den Jahresbericht beteiligten sich mehrere Delegierte, die jedoch an der Geschäftsführung keinerlei Kritik zu üben hatten und volles Einverständnis bezeugten. Beschwerde wurde von einzelnen geführt über die Schreibweise der Verbandsorgane „Proletarier" und „Keramischer Bund", die von der Mehrheit der Delegierten als unberechtigt zurückgewiesen wurden, da gerade die Presse der sogenannten Opposition sich nicht scheut, in ihren Spalten die Verbandseinrichtungen dauernd zu beschimpfen und die einzelnen Führer als Verräter und Lumpen der Arbeiterklasse hinstellt. Daß diese Schreibweise nicht unbeantwortet bleiben kann, ist selbstverständlich, zumal die oppositionelle Presse es ablehnt, in ihren Spalten nachgewiesene Unwahrheiten zu berichtigen.

Der Vorstoß der Opposition über die Schreibweise der Verbandsorgane wurde von der Mehrheit abgelehnt; im übrigen der Jahres- und Verwaltungsbericht des Bezirkes einstimmig gutgeheißen.

Kollege Otte gab noch die Bestimmungen für Invalidenversicherung bekannt. Das zehnjährige Bestehen der Bezirkszahlstelle soll im kommenden Jahre festlich begangen werden, um dann gleichzeitig eine größere Anzahl von Verbandsjubilaren ehren zu können.

Ein Antrag der Filiale Hillscheid in der Frage der Arbeitslosenversicherung wird in folgender Resolution niedergelegt:

Die Geschäftsführung wird beauftragt, alle unhaltbaren Zustände der Bestimmungen des AVG. an den Hauptvorstand als Material für den ADGB. weiterzuleiten, um dadurch mit dazu beizutragen, diese zu beseitigen.

Anschließend hieran hielt der Gauleiter Kollege Bruns, Frankfurt, ein beifällig aufgenommenes Referat über die wirtschaftliche Lage und die bestehende Weltwirtschaftskrise. Kollege Bruns legte in seinen Ausführungen deutlich klar, daß durch Uebernahme einzelner Industriearten auch in anderen Ländern, durch Landflucht, erschwerte Auswanderungsbestimmungen und technische Verbesserungen das Arbeitslosenheer ständig anwachse. Die durch technische Verbesserungen erzielte Mehrproduktion kann nicht abgesetzt werden wegen zu geringer Kaufkraft der breiten Masse, es wird notwendig sein, alles daran zu setzen, die kapitalistische Wirtschaftsordnung in eine sozialistische umzugestalten, um durch gerechten Ausgleich des Herstellungs- und Verkaufspreises und Erhöhung der Kaufkraft des einzelnen wieder andere Zustände herbeizuführen. Dieses Ziel kann nur erreicht werden mittels starker Organisationen. Kollege Bruns geißelte besonders die Spaltungsbestrebungen der KPD. und deren Zerstörungsarbeit innerhalb der Gewerkschaften. Auch er forderte die Delegierten auf, zur Erreichung der angedeuteten Ziele eine einheitliche Front der arbeitenden Klasse zu bilden. Wegen Zeitmangels konnte eine Aussprache über die Ausführungen des Kollegen Bruns nicht erfolgen. Mit dem Referat zusammenhängend beleuchtete Kollege Bruns die Notwendigkeit der organisatorischen Zusammenfassung besonders der Arbeitnehmer auf dem Lande, er ersuchte die Konferenz zur besseren Erledigung der Geschäfte die Anschaffung eines modernen Verkehrsmittels (Auto) zu beschließen, damit den Bestrebungen unserer Gegner wirksam entgegengetreten werden kann.

Hierüber fand eine rege Aussprache. Zuerst wurde mit 20 gegen 11 Stimmen bei einer Stimmenthaltung beschlossen, unverbindlich von der Anschaffung eines Wagens Abstand zu nehmen. Da aber die Mehrheit der Delegierten die Anschaffung für notwendig erachtet, wurde ein weiterer Antrag einstimmig angenommen dahingehend, daß in den Mitgliederversammlungen die Meinung der Gesamtmitgliedschaft zu dem Ankauf gehört werden soll, wobei sich einzelne Delegierte verpflichteten, die Notwendigkeit des Ankaufes selbst zu begründen. Nach Stellungnahme in den Versammlungen soll in der nächsten Kreiskonferenz der Ankauf erneut zur Abstimmung gestellt werden.

Als nächster Tagungsort wurde Braubach am Rhein bestimmt.

Nach einem kurzen Schlußwort des Geschäftsführers mit der Bitte um weitere Mitarbeit im Interesse der Gesamtorganisation konnte die anregend verlaufene Konferenz gegen 6½ Uhr abends mit dem Wunsche geschlossen werden, daß der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands weiterhin blühen, wachsen und gedeihen möge.

Hans Otte.

Chemnitz. Jubiläumsfeier.

Im großen Saale des Volkshauses zu Chemnitz fand anläßlich der 25jährigen Wiederkehr des Tages, an dem die Zahlstelle gegründet wurde, eine Jubiläumsfeier, die mit einer Ehrung derjenigen Kollegen, die dem Verband 25 Jahre und länger angehören, verbunden war, statt. Zahlreich waren Funktionäre und Mitglieder dem Rufe der Ortsverwaltung gefolgt. Aus den entlegensten Winkeln des Erzgebirges waren Mitglieder zu dieser Veranstaltung erschienen. Der Ortsausschuß des ADGB., Chemnitz, der ABD., AfA., der Allg. Konsumverein, die Volksfürsorge und die Bauhütte hatten Vertreter zu dieser Feier entsandt. Als Festredner war vom Hauptvorstand der Kollege Thiemig erschienen. Sie alle wurden vom Kollegen Siegmund auf das herzlichste begrüßt. Ein ganz besonderer Gruß galt aber den 89 Kollegen und ihren Frauen, die an diesem Abend als Jubilare geehrt wurden.

Die Sängervereinigung Gablenz und die verstärkte Volkshauskapelle, haben ihr möglichstes dazu beigetragen, um allen Teilnehmern den Abend für lange Zeit in angenehmer Erinnerung zu erhalten.

In seiner Festrede behandelte der Kollege Thiemig eingehend die Entwicklung der Zahlstelle; er wies darauf hin, daß sie am 16. März 1905 mit 18 Mitgliedern auf die Initiative des leider so schmählich ermordeten Gauleiters, Kollegen Neuring, Dresden, gegründet wurde, zeigte den Anwesenden an Hand von Beispielen, welch ungeheure Schwierigkeiten die neu gegründete Zahlstelle zu überwinden hatte. Uebermäßig lange Arbeitszeit, eine schlechte Entlohnung in den zu bearbeitenden Industrien, insbesondere in der Papier- und Ziegelindustrie erschwerten die Agitationsarbeit beträchtlich. Trotzalledem war es möglich, bereits im Jahre 1910 die Mitgliederzahl bis auf über 1000 zu erhöhen und einen besoldeten Agitationsleiter anzustellen. Von nun an ging es weit schneller vorwärts, und schon im Jahre 1912 mußte zur Anstellung eines weiteren Kollegen geschritten werden. Bei Ausbruch des Krieges waren über 2000 Mitglieder vorhanden. Diese günstige Entwicklung wurde durch den Krieg und seine Folgen jäh unterbrochen. Am Ende des Jahres 1916 konnten nur noch 600 Mitglieder verbucht werden. Doch die in der Heimat gebliebenen Funktionäre ließen sich nicht beirren, erneut ging es an die Arbeit, und schon am Anfang des Jahres 1918 konnten wieder 2000 Mitglieder gezählt werden. Sprunghaft ging die Entwicklung in der Zeit nach dem Kriege vor sich. Die höchste Zahl der Mitglieder wurde im Jahre 1922 erreicht. Erneute Wunden wurden der Zahlstelle durch die politischen Wirren am Ende der Inflationszeit durch den Einmarsch der Reichswehr geschlagen. Aber auch diese konnten dank der aufopferungsfreudigen Mitarbeit aller Funktionäre recht bald geheilt werden. Heute hat die Zahlstelle Chemnitz eine Mitgliederzahl von über 5600 und wir hoffen, daß es auch in Zukunft möglich sein wird, diese Zahl noch zu steigern.

Besonderer Dank wurde durch den Kollegen Thiemig den 89 Jubilaren für ihre Treue zum Verband, für ihre langjährige Mitarbeit zuteil und die Jugend aufgefordert, es den Alten in der gewerkschaftlichen Arbeit nachzutun.

Zwei Kollegen unter den Jubilaren, der Kollege Max Vögler, Glauchau, und Oswald Winkelmann, Oederan, konnten ein doppeltes Jubiläum feiern, sie verbanden mit ihrer 25jährigen Zugehörigkeit zum Verband zugleich auch eine 25jährige Tätigkeit als ehrenamtliche Hilfskassierer. Als äußeres Zeichen der besonderen Dankbarkeit des Hauptvorstandes überreichte der Kollege Thiemig diesen beiden Kollegen eine Brieftasche mit Inhalt. Reicher Beifall der Anwesenden bewies, daß der Kollege Thiemig ihnen aus dem Herzen gesprochen hatte, daß alle gewillt waren, auch in Zukunft im Sinne des Kollegen Thiemig weiter für die Organisation tätig zu sein.

Durch den Kollegen Müller vom Ortsausschuß des ADGB. wurden von diesem und den anderen eingangs unseres Berichtes erwähnten Korporationen Grüße überbracht. Ihnen allen, insbesondere aber dem Kollegen Thiemig für die Festrede dankte der Kollege Siegmund.

Nach Beendigung des offiziellen Teils der Jubiläumsfeier blieben die Teilnehmer noch viele Stunden gemütlich zusammen. Alle sind sie mit dem Gefühl nach Hause gegangen, einen immer in Erinnerung bleibenden angenehmen Abend verbracht zu haben, alle aber werden sie in Zukunft mehr noch wie bisher mit dafür tätig sein, daß der Verband im Interesse seiner Mitglieder weiter erstarkt.

Ernst Siegmund.

Stadthagen. Jubelfeier.

Die Zahlstelle Stadthagen des Fabrikarbeiterverbandes hatte ihre Mitglieder und Freunde am 30. März zu einer Feier eingeladen, die einen glänzenden Verlauf nahm. Als der Kollege Kunkel die Veranstaltung mit herzlichen Worten des Dankes an die Alten und den Begründer der Zahlstelle, an den Kollegen Karl Müller vom Hauptvorstand, und die Kollegen Scheinhart und Riemann sowie an die Sänger und Sängerinnen eröffnete, waren nahezu alle Plätze besetzt. Karl Müller ehrte in einer Ansprache die Alten und führte ungefähr aus:

„Wir sind hier an einer historischen Stätte und können auf ein vierzigjähriges Bestehen unseres Verbandes zurückblicken. Aber 40 Jahre Verbandszahlstelle in Stadthagen bedeutet gleichzeitig 40 Jahre Kampf für bessere Lebensbedingungen. Der neue „Aufstieg" wird daher mit deutlicher Sprache [illegible] und die Jungen an ihre hohe Mission erinnern, den Alten längst Vergangenes wieder in das Bewußt[illegible] und uns alle mahnen: „Solidarität ist Pflicht!" Vor fünf Jahren haben wir 32 Jubilare in Stadthagen ehren können. Heute sind wiederum 27 Kollegen, die für den Aufstieg des Verbandes kämpften und die wir mit einer Anerkennung auszeichnen. Eine schöne ledergebundene Mappe, mit dem Gruß und einer Widmung des Gesamtverbandes dürfen wir ihnen überreichen. Ich knüpfe daran, ebenfalls im Namen des Hauptvorstandes, den Wunsch, daß ihr alle, die ihr viel gelitten habt, nach dem bewährten Grundsatz „Treue um Treue" auch weiterhin den Jüngeren ein gewerkschaftliches Vorbild seid, denn auch 25 Jahre Verbandsmitglied sein heißt: „Kämpfer sein für die Besserung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der schaffenden Schichten."

Die heutige Zahlstelle ist in ihrer Stärke und Größe aus dem Glasarbeiterverband gebildet, der, vom monarchistischen Staatswesen im Verein mit den Unternehmern bekämpft, nie verzagt hat. Schwarze Listen und damit zahlreiche Maßregelungen waren die Folge. Wir erinnern uns in diesem Zusammenhang auch wieder des Kanzlers von Blut und Eisen, der nicht vermochte, den Geist und den großen Willen unserer Kämpfer zu ersticken. Erinnert sei auch an das Vereinsgesetz. Aber mit diesem Gesetz begann schon die Auflehnung. Druck schafft Widerdruck: Kampf trotz der Brutalität! Unsere Pioniere lagen auf dem Straßenpflaster, aber der Kampf ging weiter. Auch hier wird uns anschließend der Film „Aufstieg" ein Bild früherer Kämpfe geben. Erinnert sei auch an die Zuchthausvorlage, mit der sich 1899 der Reichstag zu beschäftigen hatte, und an die Worte: „Es ist den Arbeitern deutlich zu machen, daß sie als Knecht geboren sind und sich dankbar zu erweisen haben." Wo gab es vor dem Kriege Tarifverträge? Erst nach dem Kriege trat hier eine Besserung ein. Heute ist der Achtstundentag ein geschriebenes Gesetz. Auch das Arbeitslosengesetz, das es vor dem Kriege noch nicht gab, ist ein Erfolg unseres unermüdlichen Schaffens, an dem unsere Jubilare ihren Anteil an Arbeit geleistet haben. Diese Errungenschaften zu halten ist unsere hohe Aufgabe. Die Alten haben ihre Pflicht getan. Und indem ihr nun — zu den Alten — von den überreichten Urkunden Besitz ergreift, ruft gleichzeitig die Jungen auf, damit sie eurem Beispiel folgen und dafür sorgen, daß das Banner stehen bleibt, wenn der Mann auch fällt." Lebhafter Beifall wurde gezollt.

Als zweiter Redner sprach Kollege Scheinhart, um den Film „Aufstieg" kurz zu erläutern, der von der Erziehungsarbeit unseres Verbandes und von den heroischen Kämpfen unserer Alten sprechen solle. Nicht ein Einzelschicksal werde sich vor unseren Augen abrollen, sondern das Schicksal der Masse sei es, das, durch die Handlung verkörpert, bildhaft darstelle, was Worte nicht zu sagen vermögen.

Dann dieser Film, der schon so lange erwartet wurde. Man darf sagen: Was man früher darüber gehört hatte, war nicht übertrieben. Um das begreifen zu können, was uns der Film bietet, muß man ihn gesehen haben. Dieses gewaltige Werk der modernen, proletarischen Filmkunst, daß wir den Kollegen Scheinhart und Riemann sowie der Verbandsleitung danken, ist also von solcher Wucht und Wahrheit, wirkt so hinreißend und erschütternd auf die Zuschauer ein, spricht eine so eindringliche Sprache, daß keine Zahlstelle versäumen sollte, von der Vorführung Gebrauch zu machen. Und kein Kollege sollte zögern, wenn es heißt, diesen Film zu besichtigen.

Die Feierstunde war ein großes Erlebnis. Die geehrten Jubilare sind: Krömer, Karl; Hartmann, Heinrich; Huxhold, Wilhelm; Rey, Gustav; Reineking, Heinrich; Mohrmann, Fritz; Meckelburg, Fritz; Hofmeister, Karl; Tewes, Joseph; Sorgewitz, Johann; Höltke, Hermann; Krömer, Louis; Lange, Rudolf; Platte, Karl; Richard, Wilhelm; Schäfer, Heinrich; Tegeler, Hermann; Dietz, Richard; Kutz, Anton; Möller, Fritz; Mevert, Albert; Theis, Heinrich; Meier, Friedrich; Rolahr, August; Hartmann, Wilhelm; Köster, Heinrich; Völkening, Wilhelm.

W. Bock.

Gau 12. Jahresbericht.

Das Jahr 1929 war für unseren Gaubezirk ein recht ungünstiges. Im Ludwigshafener Industrie- und Zahlstellenbezirk ließ der Geschäftsgang im Gegensatz zu den vorausgegangenen Jahren zum ersten Male zu wünschen übrig. Wenn wir bis Ende des 3. Quartals 1929 unseren Mitgliederbestand steigern konnten, so nur, weil Zahlstellenleitungen und Funktionäre mit Unterstützung der Gauleitung alles taten, was möglich war; die Abnahme im 4. Quartal 1929 konnte nicht verhindert werden. Durch die Rationalisierung, die Technisierung und die Konzernbildungen ist die chemische Industrie im Mannheimer Industriegebiet zu Betriebseinschränkungen und Betriebsstillegungen gezwungen und fast bedeutungslos geworden. In der übrigen Industrie wechselte Kurzarbeit mit teilweisen Betriebsstillegungen im verflossenen Jahre in bunter Reihenfolge ab.

Die Papiererzeugungsindustrie unseres Gaubezirkes hatte auch in diesem Jahre einen recht flotten Geschäftsgang zu verzeichnen, bis auf die Firma Hoffmann & Engelmann, Neustadt-Schönthal, die für die neu aufgestellten Papiermaschinen und die damit verbundene Produktionssteigerung die Aufträge nicht beibrachte und deshalb zu Kurzarbeit und Arbeiterentlassungen überging. In den übrigen Betrieben konnten Neueinstellungen erfolgen.

Die Ziegelindustrie hatte allgemein unter der rückläufigen Baukonjunktur zu leiden. Trotz späterer Betriebsaufnahme wegen des langen Winters und des andauernden Frostwetters wurden sie zum größten Teil früh stillgelegt.

Ebenso war die Beschäftigung in der Feinkeramischen Industrie nicht einheitlich und wenig zufriedenstellend. Das trifft auch auf die Glasindustrie zu. Etwas besser war es in der Grobkeramik.

Die Nahrungs- und Genußmittelindustrie war mäßig beschäftigt.

Die Arbeitslosenzahl war im Gauteil Rheinpfalz bis Ende Dezember 1929 auf 49 542 gestiegen. Unterstützt wurden im Gau 89 314 Personen, die sich auf 42 811 Hauptunterstützungsempfänger und 46 503 Zuschlagsempfänger verteilten.

Zur Stärkung der Agitation wurden Agitationsversammlungen in sämtlichen Zahlstellen abgehalten.

Der Besuch aller Versammlungen war nicht zufriedenstellend. Ausgang des Jahres 1928 wurde eine Arbeiterinnen-Agitations-Kommission für den Gau 12 geschaffen. Leider müssen wir berichten, daß ein nennenswerter Erfolg nicht erzielt wurde. Aber deswegen wollen wir den Mut nicht verlieren, sondern immer wieder versuchen, auch unsere Kolleginnen als Mitarbeiterinnen heranzuziehen.

Während wir im 1., 2. und 3. Quartal noch einen Zugang von Mitgliedern zu verzeichnen hatten, brachte uns das 4. Quartal einen Rückgang von 283 Mitgliedern, darunter die Zahlstelle Saarbrücken mit 178 Mitgliedern. Gegenüber dem Jahre 1928 haben wir einen Mitgliederverlust von 262 = 1,8 Prozent.

Von den Zahlstellen wurden, soweit berichtet wurde, 169 Klagen vertreten. Davon wurden 69 gewonnen, 59 verloren, 11 zurückgezogen; über 30 liegt ein Bericht nicht vor.

Von der Gauleitung wurden in zehn Industrien Lohnbewegungen durchgeführt. Außerdem bestehen vier Betriebsverträge — GEG., Mannheim; Gipswerk Eckach; Ziegelei Birkenfeld und Emailschildersabrik Germersheim. Von den Zahlstellenleitungen wurden insgesamt 20 Lohnbewegungen mit Erfolg durchgeführt.

Trotzdem wir Fragebogen für Unfälle und Vergiftungserscheinungen herausgegeben haben, wurden uns von den Betriebsräten wenig Unfälle gemeldet. Von der J.-G. Farbenindustrie sind uns 8 Unfälle gemeldet. Die Zellstoffabrik Mannheim hat eine Unfallverhütungs-Kommission gebildet, aus deren Bericht hervorgeht, daß seit ihrem Bestehen die Unfälle zurückgegangen sind.

Schr.

Gau 8, Jugendkonferenz.

Die Gauleitung von Thüringen hatte zu einer Zusammenkunft der in der Jugendbewegung tätigen Verbandsmitglieder für den 9. März 1930 nach Rudolstadt geladen. Erschienen waren außer zwei Vertretern der Gauleitung und sechs Angestellten der Zahlstellen 34 Delegierte aus den Betrieben, darunter fünf jugendliche weibliche Mitglieder. Vom Vorstand war der Kollege Albin Karl anwesend. Die vorgesehenen zwei Tagesordnungspunkte

1. Der Stand der Jugendbewegung im Verbandsgebiet und
2. Praktische Gruppenarbeit

wurden in sachlicher Aussprache erledigt.

Zum ersten Teil der Tagesordnung sprach Koll. A. Karl. Er gab einen umfassenden Ueberblick über die Schwierigkeiten, aber auch über bereits geleistete erfolgversprechende Arbeiten im Sinne freigewerkschaftlicher Jugendbewegung innerhalb des Verbandes. Es fehlten bei uns vielfach die fachlichen Bindungen. Trotzdem können Arbeitszeit, Löhne, Urlaub, Lehr- und sonstige Arbeitsverhältnisse genügend Berührungspunkte zum Zusammenführen der Jugendlichen abgeben. Unser Ziel ist die freigewerkschaftliche Organisierung der Jugend und die Heranbildung zu tüchtigen Gewerkschaftlern. Die Stellung der Jugendlichen im Produktionsprozeß muß besonders mit ihnen besprochen werden. Sonst aber keine Trennung der Jugendlichen nach den von uns vertretenen Industriegruppen. Wo die Bildung besonderer Jugendgruppen nicht möglich oder nicht praktisch erscheint, da müssen wir unseren Einfluß über die Sport- und Kulturorganisationen oder über die sozialistische Jugendorganisation geltend machen. Wir wollen keine neue Organisation, sondern Ziel und Inhalt unserer Verbandsarbeit unseren jugendlichen Berufskollegen nahebringen. Welche Wege da eingeschlagen werden müssen, richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen.

Der Kollege Karl Langebach j., Volkstedt, sprach über den zweiten Tagesordnungspunkt. Er gab eine Fülle von Anregungen über die Möglichkeiten geselliger und bildender Veranstaltungen in den vorhandenen besonderen Jugendgruppen unseres Verbandes.

An der Aussprache beteiligten sich sieben Kollegen, die nicht nur dem grundsätzlichen Teile des Gehörten zustimmten, sondern noch eine ganze Anzahl nützlicher Anregungen gaben.

Im Gau 8 wurden Ende 1929 in unseren Industriegruppen 4 928 jugendliche Beschäftigte gezählt. Davon waren Mitglied unseres Verbandes 2 814 = 57,1 Proz. In vier Zahlstellen haben wir besondere Jugendgruppen mit insgesamt etwa 900 Mitgliedern. Die Aufgaben im Sinne freigewerkschaftlicher Jugendbewegung sind von uns erst seit knapp einem Jahre in Angriff genommen worden. Es gilt die vorhandenen Ansätze auszubauen und dem Verbande weiteren Einfluß zu sichern. Mit einem Kampflied wurde die anregend verlaufene Konferenz geschlossen. Schö.

Hirschberg.

Veranstaltung für die Invaliden. Alle diejenigen, die seit dem 1. Januar 1930 vom Verband die Invalidenunterstützung erhalten, über 100 an der Zahl, hatten sich, einer Einladung der Ortsverwaltung folgeleistend, am Donnerstag, dem 20. März, in der „Alten Hoffnung" in Hirschberg eingefunden. Die Gebrechlichen wurden per Auto von der Bahn oder aus ihrer Wohnung abgeholt. Recht bald entwickelte sich ein geschäftiges Leben und Treiben. Bei musikalischer Unterhaltung wurden die Alten bewirtet. Die Kollegin Richter/Schmitz bewies auf einem, eigentlich ungewohntem Gebiete ein hervorragendes Organisationstalent. Galt es doch, die Gäste der Zahlstelle mit Mittagbrot, mit Kuchen und Kaffee, mit Bier und Zigarren, ausreichend und rasch zu versorgen. Strahlende Gesichter der Alten verrieten beste Stimmung. Es war eine Freude, zu sehen, welch gesunden Appetit die Leutchen entwickelten. Bald hatte man sich gegenseitig angefreundet, alte Bekanntschaften wurden aufgefrischt, Erinnerungen ausgetauscht. Kollege Pohl von der Zahlstellenleitung gab in einer kurzen Ansprache ein Bild über die Kämpfe um die Einführung der Invalidenunterstützung. Der Schilderung über den Aufbau folgte eine Darstellung der finanziellen Auswirkungen am Ort. In humorvoller Weise sprach er vom Großkampf auf dem Verbandstag in Hamburg und in den Ortsgruppenversammlungen und vom Kleinkrieg mit Fragebogen, Formularen, Bescheinigungen, Attesten, Bescheiden usw. Daß aber eine sehr gewissenhafte Prüfung der Voraussetzungen notwendig war, ging aus den hohen Summen hervor, die Kollege Pohl als Gesamtbetrag allein schon in der Zahlstelle Hirschberg angeben konnte. Im Vierteljahr werden weit über 2000 RM an invalide Kollegen ausgezahlt. Die Organisation betrachtet die Betreuung der Kollegen nicht mit dem Ausscheiden aus dem Produktionsverhältnis als beendet, sondern will als Schicksalsgemeinschaft auch den aus der Arbeit ausgeschiedenen alten und invaliden Mitgliedern mit Rat und Tat zur Seite stehen. — Einer der Verbandsveteranen dankte der Ortsverwaltung für die Veranstaltung der Zusammenkunft mit der Versicherung, daß die Alten draußen im Lande immer werbend für die Gewerkschaftsbewegung eintreten werden.

Tiefenfurt, Jubiläumsfeier.

Am 22. März 1930 feierte die Ortsgruppe Tiefenfurt in Schlesien bei großer Teilnahme ihr 45. Jubiläum. Als Festredner brachte Kollege Albin Karl vom Hauptvorstand Hannover den Anwesenden die Entstehung der Ortsgruppe und ihr eifriges Werben zur Organisation in längeren Ausführungen zu Gehör. Besonders wurde der noch lebenden Gründer, Bruno Bindernagel, Tiefenfurt, und Fritz Silz, Eisenberg, gedacht.

38 Kollegen und Kolleginnen haben eine Mitgliedschaft von 25—45 Jahren zu verzeichnen, was wohl in einem reinen Porzellinernest viel zu sagen hat. Wie eifrig die Porzelliner-„Ameisen" den Worten des Kollegen Karl gelauscht haben, dürfte der Beifall bewiesen haben.

Möge der Jubiläumstag dazu beitragen, daß auch der letzte Unorganisierte sich dem Keramischen Bunde anschließe.

Nun auf, ihr Tiefenfurter Kollegen und Kolleginnen, helft alle mit am Ausbau der Organisation zum Wohle der Ortsgruppe.

Umfang der Invalidenversicherung.

Nach den Ausweisen des Statistischen Reichsamtes über die Invalidenversicherung hat sich die Zahl der Versicherten im Jahre 1929 nicht wesentlich erhöht. Es wurden 1929 rund 18,6 Millionen Versicherte gezählt gegen 18,5 Millionen im Jahre 1928. Von den Versicherten waren 11,2 Millionen Männer und 7,4 Millionen Frauen. Die Zahl der freiwillig Versicherten stellte sich 1929 auf 1,7 Millionen. Es bestehen 29 Landesversicherungsanstalten und 6 Sonderanstalten.

Die Beitragshöhe ist in den Jahren 1928 und 1929 unverändert geblieben. In Kraft getreten ist am 1. Januar 1928 die Lohnklasse 7, die bei einem wöchentlichen Arbeitsverdienst von mehr als 36 Mark einen Beitrag von 2 Mark vorsieht. Nach dem Betrage stammten im 1. Halbjahr 1929 — für das volle Jahr liegen die abschließenden Zahlen noch nicht vor — rund 50 Proz. der Beiträge aus der 7. Lohnklasse. Der durchschnittlich entrichtete Wochenbeitrag belief sich für die Gesamtheit aller Versicherungsträger 1913 auf 35,7 Pfennig, 1924 auf 58 Pfennig, 1927 auf 1,13 RM und 1929 auf 1,40 RM. Die Einnahmen aus Wochenbeiträgen betrugen 1928 rund 769 Millionen gegen 774 Mill. RM 1927. In den ersten beiden Vierteljahren 1929 stellte sich die Einnahme auf 350 Millionen. Der Rückgang der Wochenbeiträge ist zurückzuführen auf die Verschlechterung des Beschäftigungsgrades. Im Jahre 1927 hatten wir eine günstige Konjunktur, 1928 bewegte sich die Konjunktur rückläufig und im 1. Vierteljahr 1929 fiel der strenge Winter, der mit einer großen Arbeitslosigkeit verbunden war. Die Gesamteinnahmen der Invalidenversicherung betrugen einschließlich der Reichszuschüsse im Jahre 1929 rund eine Milliarde 610 Mill. RM gegen 1 Milliarde 522 Millionen 1928 und 1 Milliarde 211 Millionen 1927. Im Jahre 1926 stellten sich die Gesamteinnahmen auf 960 Millionen, so daß mithin die Einnahmen um 650 Mill. RM seit 1926 gestiegen sind. Das Reich leistete an Zuschüssen und Beiträgen 1929 rund 392 Millionen, 1928 rund 320 Millionen, 1927 rund 210 und 1926 rund 184 Mill. RM.

Die Ausgaben sind entsprechend den Einnahmen gestiegen. Sie stellten sich 1929 auf 1 Milliarde 300 Millionen, 1928 auf 1 Milliarde 126 Millionen, 1927 auf 917 Millionen, und 1926 auf 802 Millionen. Die Ausgaben verteilen sich auf (in Millionen RM):

	Renten	freiwillige Leistungen	Verwaltungskosten
1926	709	50	37
1927	812	60	43
1928	992	78	52
1929	1160	88	52

Es ist bemerkenswert, daß 1928 der Zugang an Invalidenrentnern wieder gestiegen ist. Der Zugang an Invalidenrentnern, wobei hier das Alter zur Zeit der Rentenbewilligung angegeben ist, betrug:

Alter	1916	1927	1928
20 bis 39	32 152	28 940	28 794
40 „ 49	25 747	23 288	23 718
50 „ 59	54 472	50 636	56 028
60 „ 64	52 293	48 766	55 465
65 „ 69	87 763	88 184	92 005
70 und mehr	7 745	5 778	3 808

Der Zugang stellte sich 1928 auf 260 000, im Jahre 1927 auf 245 000 und 1926 auf 260 000. Auffallend ist der starke Zugang in der Altersklasse von 65 bis 69 Jahren, von 1926 bis 1928 um rund 4300. Abgenommen hat der Zugang in den Altersklassen bis zu 49 Jahren, wohl hauptsächlich auf die Kriegseinwirkungen zurückzuführen. Bei den Witwen- und Witwerrenten ist der Zugang von 60 000 im Jahre 1926 auf 76 000 im Jahre 1928 gestiegen, dagegen nahm der Zugang der Waisenrenten von 39 400 auf 36 000 ab. Der Grund für diese Entwicklung dürfte in der allmählichen Ueberwindung der Kriegsfolgen und in der allgemeinen Abnahme der Kinderzahl zu suchen sein. Der Gesamtbestand an Rentenzahl betrug am 1. Oktober 1929 rund 3,1 Millionen.

Erwähnt sei noch die durchschnittliche Höhe der monatlichen Rentenbeträge, die bei Invalidenrenten von 29,34 RM Anfang 1928 auf 33,77 RM Mitte 1929 stiegen; bei Witwenrenten von 19,18 RM auf 21,77 RM und bei Waisenrenten von 13,17 RM auf 14,07 RM sich erhöhten. Es ist hierbei zu berücksichtigen, daß es sich um Durchschnittswerte handelt. E. W. N.

Warum kaufe ich im Konsum?

Auf diese Frage kann jeder organisierte Verbraucher sofort antworten: „Weil ich es satt habe, Objekt privaten Gewinnbedürfnisses zu sein. Weil ich nicht ohnmächtig den Preis- und Qualitätsdiktaten der Profitwirtschaft gegenüberstehen will. Weil der Konsumverein mein Unternehmen ist. Weil der Konsumverein mir Gewähr für gute Ware, richtiges Gewicht, gerechten Preis bietet. Weil die Ueberschüsse meines Konsumvereins ihm und mir, nicht fremden Personen, zufließen."

Diese und viele andere Gründe kann jedes Konsumvereinsmitglied ohne weiteres ins Feld führen. Der organisierte Verbraucher kennt eben das Wesen des Konsumvereins, der nichts Weiteres ist als die Zusammenfassung wirtschaftlicher Interessen seiner Mitglieder, die natürlich von Sinnen sein müßten, wollten sie sich selbst schädigen. Wie werden sie demnach einen „Konsumenten" beurteilen, den die „Mittelstands"presse aufmarschieren und mit weiser Miene verkünden läßt:

„Hätte der Konsumverein eine Monopolstellung, so ginge es den Konsumenten schlecht."

Also — wenn die Verbraucher die volle Macht hätten, dann sorgten sie dafür, daß es ihnen schlecht ginge! Wie denken die Leser über diese „Verbraucher"?

Erholungsheime der Arbeiterschaft.

Die Allgemeine Deutsche Gesellschaft für Ferien- und Erholungsheime m. b. H. (Adefe) mit dem Sitz Jena, und die Ferienheim-Genossenschaft "Naturfreunde" e. G. m. b. H., Sitz Jena, Marienstr. 4, haben jetzt ihren Prospekt für die diesjährige Saison herausgebracht. Der Prospekt hat eine gediegene, inhaltreiche Aufmachung.

Die beiden Organisationen besitzen zur Zeit 7 Ferien- und 6 Wanderheime, 7 inmitten prächtiger Hochwälder Thüringens, 2 in idyllischer Heidegegend, 1 im märkischen Seengebiet, 1 in den Wäldern des Vogtländischen und 1 im Osterzgebirge, 1 im Leinawald bei Altenburg (Thür.).

Die Heime, die nur durch tatkräftige Unterstützung der deutschen freien Arbeitnehmerbewegung geschaffen werden konnten, sollen Stätten sein, in denen sich gleichgesinnte Menschen finden, um losgelöst vom körper- und nervenverbrauchenden Daseinskampfe kürzere oder längere Zeit auszuspannen in gesunder, reiner Luft und in landschaftlich reizvollen Gegenden.

Die Preise sind auch für den weniger Bemittelten als erschwinglich zu bezeichnen. Die Heime werden gemeinnützig betrieben.

Prospekte stehen auf Anfordern gern zur Verfügung. Anfragen wolle man Rückporto beilegen.

Verbandsnachrichten

Ausschlüsse.

Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 das bisherige Mitglied der Zahlstelle **Hannover:** Heinrich Segert, Buch-Nr. 295 758, sowie auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 das bisherige Mitglied der Zahlstelle **Katzhütte:** Arno Voigt, Großbreitenbach i. Thür., Buch-Nr. 90 034.

Warnung!

Ein angebliches Mitglied unseres Verbandes, Wilhelm Möller, reist mit Frau und Kindern von Ort zu Ort und versucht, unter Vorlegung von Bescheinigungen, besonders von Ortsausschüssen und Zahlstellen, Unterstützungen, besonders Fahrgeld, zu erhalten. Er scheut auch nicht vor Fälschung zurück. Ein Mitgliedsbuch hat er nicht im Besitz. Wir bitten um Vorsicht und ersuchen, wenn er auftreten sollte, ihn der Polizei zu übergeben.

Arbeitsmarkt.

Tüchtiger, lediger **Ansänger** an Schiller- und Auschermaschinen, sowie auf Flaconglas, sucht für sofort oder in 14 Tagen Stellung. Angebote an Heinrich Krull, Bielefeld, Marktstraße 21.

Lediger **Glasschleifergehilfe**, speziell auf Kelche und Graveurarbeiten, sucht sich zu verändern. Ausland bevorzugt. Angebote sind zu richten an den Verband der Fabrikarbeiter, Abteilung „Keramischer Bund", Hirschberg i. Rgb., Sand 15a.

Einige sehr tüchtige **Glasmaler** suchen Stellung. Antritt kann sofort erfolgen. Gefl. Angebote an R. Hering, Bautzen, Nordstr. 1.

Junger **Graveur** sucht für sofort oder später Stellung. Angebote an die Zahlstelle Weißwasser (O.-L.) des Fabrikarbeiterverbandes, Görlitzer Str. 45.

Junger, lediger **Porzellanmaler**, sucht Stellung; perfekt in sämtlichen Arbeiten: Handmalen, Spritzverfahren und Entwerfen neuer Dekore. Angebote sind zu richten an den Verband der Fabrikarbeiter, Zahlstelle Stadtlengsfeld, Rhön.

Mehrere **Külbelmacher** auf Schirme und Hellglas für sofort Gesucht. Glasfabrik Robert Kuppert, G. m. b. H., Almahütte, Post Grube Ilse. (29/30)

Ein tüchtiger **Chamottemaurer** mit langjähriger Erfahrung im Glasofenbau aller Art, an selbständiges Arbeiten gewöhnt, sucht Dauerstellung in einer Glas- oder Porzellanfabrik bis 1. oder 15. Juni d. J. Offerten an Jos. Wagner, Weiden (Opf.), Naabstr. 18 1/23.

Unseren Frauen u. Mädchen

Achter Frauenkursus in Tinz.

Die Heimvolkshochschule Tinz in Gera ladet zur Teilnahme an ihrem achten Frauenkursus ein. Die Lehrfächer, die in den Frauenkursen im Vordergrund stehen, sind: Wirtschaftslehre, Geschichte, Psychologie, Erziehungsfragen, Frauenfragen, Gewerkschaftswesen, Wohlfahrtswesen. Aufnahme finden Bewerberinnen im Alter von 18 bis 30 Jahren, die keine höhere als Volksschulbildung genossen haben. Die Bewerberinnen haben an die Schulleitung ein Gesuch und einen selbstgeschriebenen Lebenslauf einzureichen, aus dem neben den allgemeinen Daten über Alter, Staatszugehörigkeit, Berufsausbildung usw. der Bildungsgang und der Zweck, der mit dem Besuch der Schule angestrebt wird, hervorgeht. Ferner ist ein Aufsatz abzuliefern, über den den Bewerberinnen von der Schulleitung nähere Mitteilung gemacht wird.

Das Schulgeld, in dem die Kosten für Wohnung und Verpflegung inbegriffen sind (Bettwäsche ist mitzubringen), beträgt für den ganzen Kursus für Thüringerinnen 150 RM, für die übrigen Reichsdeutschen 180 RM, für Ausländerinnen 200 RM. Das Schulgeld ist bei Kursusbeginn zu entrichten. Hierzu tritt die Verpflichtung, durch regelmäßigen Arbeitsdienst (6 Stunden wöchentlich) an der Erhaltung der Schule mitzuarbeiten.

Der Kursus beginnt am 1. August 1930 und dauert bis 20. Dezember 1930. Die Bewerbungen sind spätestens bis 1. Mai 1930 einzureichen. Die Entscheidung des Lehrerkollegiums über die Aufnahme erfolgt Mitte Mai 1930.

Anfragen und Bewerbungen ist Rückporto beizufügen.

Die Leitung der Heimvolkshochschule Tinz.

Hohenzollerngeschichten.

In einer Stahlhelmversammlung in Bremen hat vor einigen Monaten Prinz August Wilhelm von Preußen erklärt: Im Vaterlande müsse ein neues Fundament wirklichen Aufbaus geschaffen werden, das bestehe aus Recht, Reinlichkeit und Zucht.

Prinz August Wilhelm braucht in der Geschichte seiner Vorfahren nur wenige Generationen zurückgehen, um das Leben Friedrich Wilhelm II. von Preußen zu studieren. Er wird nichts von der Reinlichkeit und Zucht finden, die er den Deutschen so treu besorgt empfiehlt, sondern die Lebensführung eines hemmungslosen Harempaschas. Dieser Fürst, der in elfjähriger Regierung ein Großteil des ihm von seinem Onkel Friedrich dem Großen überkommenen Erbes an Machtgeltung und Staatsmitteln verschleuderte, war zeitlebens einem Weib hörig, das kaum dreizehnjährig, dem jungen Prinzen in die Hände geraten war. Einer Frau, die den trägen, willensschwachen Mann in persönlichen und politischen Angelegenheiten lenkte, die mit einem Kammerdiener und einigen feilen Ministerkreaturen Preußen beherrschte. Die Gattinnen des Königs konnten das schlaue Kind aus dem Volke nicht verdrängen, eine Musterstochter, die, um im Schloß wohnen zu können, fälschlich als Frau des Kammerdieners Rietz ausgegeben wurde, des anderen Beraters Seiner Majestät.

Die Geschichte der Ehen Friedrich Wilhelms ist eine Kette tragischer Frauenschicksale. Schon die erste Frau des Prinzen konnte sich neben der Rietz nicht durchsetzen. Der König schickte die Gattin des Neffen wie früher die eigene vom Hofe weg in die Einsamkeit. Neben der kinderreichen zweiten Ehe des Prinzen, dann Königs liefen die Beziehungen zur Rietz weiter, gleichzeitig mit Kindern gesegnet. Die arme Königin, in dem Wahn, die Herrin des Hofes mattsetzen zu können, verkuppelte den König mit der schon sehr jung von ihm umworbenen, zur Hofdame gemachten Tochter des Gesandten von Voß, und billigte eine Trauung ihres Gatten mit Fräulein von Voß. Hat sich irgendein pflichtbewußter Geistlicher aufgelehnt, hat ein Richter, ein Staatsbeamter mannhaft Einspruch erhoben? Haben die Untertanen gemurrt? Die Preußen kuschten. Der Frevel des Königs wider göttliches und menschliches Recht geschah. (Einem Ebert wäre es übel bekommen. Für ihn galt das Gesetz im Sinne § 171 StGB.) Friedrich Wilhelms Nebenfrau, Gräfin Ingenheim genannt, starb bald, nicht lange nach der Geburt eines Sohnes. Und abermals wurde eine ergebene junge Hofdame, Gräfin Dönhoff, zum Opfer erkoren, und abermals segnete der Hofprediger Zöllner die Ehe ein. Ihr entstammte der General Graf von Brandenburg, den 1848 Friedrich Wilhelm IV. als Ministerpräsidenten berief. Auch die vierte Gattin verschwand jung. Ihr Auftreten gegen die Rietz veranlaßte schon nach zwei Jahren die endgültige Verbannung der Dreiundzwanzigjährigen von Berlin. Die alte Mätresse, die später den Namen einer Gräfin Lichtenau erhielt, behauptete das Feld, sie beherrschte bis zuletzt den Bigamistenkönig und seine verlotterte Regierung.

Als sie dem König die Augen zugedrückt hatte, waren die Schicksale der Hornistentochter aus Hildburghausen noch nicht zu Ende. Vom Thronerben wurde sie zwei Jahre gefangen gehalten, aus ihrem Besitz vertrieben, teilweise wieder eingesetzt. Sie heiratete schließlich einen blutjungen Lautenspieler und Komödianten, der sich schließlich zum Wiener Burgtheaterdirektor emporarbeitete. Aus der ungleichen Ehe freilich rettete er sich bald, nach einer Eifersuchtstragödie, durch die Flucht. Die Lichtenau, jetzt Frau von Holbein, wurde geschieden, gleichzeitig etwa, als ihre und des preußischen Königs Tochter um 1806 mit einem französischen Offizier die dritte Ehe einging. Die Alte erlebte den Tag nicht mehr, an dem ihre Enkelin Gräfin Thiery von der Tochter der Dönhoff, Herzogin von Anhalt, mit dem Sohne der Voß, Grafen Ingenheim, verheiratet wurde und die Nachkommenschaft aus den amtlich beglaubigten Seitensprüngen des Haremsultans von Preußen sich fröhlich vereint fand. „Die Rietz", welche die arme Königinwitwe überlebt hatte, wurde selbst überlebt von der Gräfin Dönhoff, die in ihrem verborgenen Exil in der Mark nach beinahe einem halben Jahrhundert, und von der ersten Frau Friedrich Wilhelms, die als längst Vergessene nach mehr als siebzigjähriger Verbannung aus leidvollem Leben erlöst wurde. „Frankfurter Zeitung".

UNTERHALTUNG u. WISSEN

Vorher — Hernach.

Die Geschichte eines Findlings.

Von Erich Herrmann.

(Nachdruck verboten.)

II.

Rund um Worowo stellte der hundertjährige, blauschwarze Wald seine abdichtende, undurchdringliche Kulisse auf. Er umgriff mit seinen knorrigen, stämmigen, harzigen Armen das armselige, verschüchterte Erdflecklein, daß für die Worowoer, ihre Wiesen und Aecker, Häuser, Scheunen und Ställe kaum Luft genug zum Atemholen blieb.

Vater Jaschu Gonschorecky, der erdgewachsene Philosoph Worowos, sagte darum auch mit Recht zu Andreas Birkenbusch, dem Worowoer Findling: „Wer hat dich eigentlich geheißen, hier in unser verlorenes Nest zu kommen, Andreas. Man hat sich an dir arg versündigt, als man dich als Neugeborenes beim Güntherbauern auf die Türschwelle legte. Wenn man es gut mit dir meinte, mußte man dich ganz wo anders hinbetten. Ganz wo anders! Dort, wo die wirklichen Bauern sitzen, die noch leben können und weit über Felder und Wiesen schauen dürfen. Dort, wo noch Land ist, wo man sich recken und dehnen kann ... Hier? Benagt von allen Seiten ...? Ich hab' auf meiner Wanderschaft das Meer gesehen. Andreas, das Meer! ... Es braust und rauscht tagaus, tagein wie unser Wald im Sturme. Ein Lied steht auf ... Aber das Meer frißt sich auch wie unser Wald in das Land hinein. Die Leute, die ihre Dörfer am Meere liegen haben, leben unter einem gleichen Fluche wie wir. Zu manchen Zeiten springt die Flut mit gierigem, aufgerissenem Rachen und verschlingt mit einem Zuschnappen ganze Landfetzen: Aecker mit Aehren auf dem Halm, Ställe mit Vieh und Häuser mit Menschen im Lehnstuhl und in der Wiege. So ist die Welt ..."

Andreas Birkenbusch rückte nach einer solchen Eröffnung näher an den Alten heran, denn er wußte, daß der seine Wortschleuse nicht um ein paar weniger Worte willen öffnete.

Und Jaschu Gonschorecky spann auch sofort den Faden weiter: „Worowo verkriecht sich wie die unschuldige Laus im Pelz. Hat eine Laus Sonne? Nein, sag ich! Die Worowoer haben auch keine Sonne. Sie werden um den schönsten Teil der Sonne durch den Wald bestohlen. Auf meiner Wanderschaft kam ich durch Länder, in denen die Sonne fast nie unterging ..."

„Das gibt es nicht!" widersprach Andreas Birkenbusch, denn Jaschu Gonschorecky schwindelte von seinen Wanderfahrten ebenso ausgiebig, wie Muhme Mieka Mosch in ihren Erzählungen von der Herkunft Worowos.

„Klapp den Mund zu, Andreas, du machst ein blödes Gesicht dabei. Mir tut es auch nichts, ob du mir glaubst oder nicht. Es ist einfach so. Du bekommst auch schon das verdunkelte Gehirn der Worowoer. Sieh, eine Blume, die im Schatten am Fenster steht, verkümmert, bekommt dünne Stengel und durchscheinende Blätter. Sie hat weder Mark noch Kraft. So ist es mit den Worowoern auch. Die sind schwächlich und feige. Mein Zorn ist, daß sie den gräflichen Wald nicht ratzekahl auffressen. Er steht zu Unrecht da. Das Land, das seine Wurzeln durchwühlen, war ehedem Worowoer Bauernland. Damals gingen die Worowoer noch mit geradem Rücken und breiten Beinen. Wenn sie die Hände in die Taschen steckten, klimperten die Silbertaler, daß es eine Lust war. Und jetzt? Wie die Hungerleider stehen sie da ..."

„Ich glaub' es aber doch nicht, daß alles einst Bauernland war!" warf Andreas Birkenbusch zornig ein. Eine Blutwelle des Trotzes stieg in sein schmales Gesicht. Sein schlanker Körper beugte sich vor, damit er mit seinen funkelnden Augen den Alten in das Gesicht bekam. Dann fiel dem das Lügen immer schwer.

„Da magst streiten wie du willst, Andreas! Dadurch wird es nicht andres. Es ist so, wie ich's sage. Ich bin weit in der Welt herumgekommen. Meine Beine standen unter vielen fremden Tischen. Und Augen und Ohren hab' ich auch dort offen gehalten, wo ich nicht sollte. Daß ich nichts vergesse, weiß du genau. Vielleicht war es ein winzig Blättlein andres mit Worowo als da oder dort, aber es geht zuletzt alles über einen Kamm wie beim Barbier in Friedrichshammer ... Früher einmal — wie lange es her ist, weiß ich natürlich nicht — wanderten die Westbakern, weil sie ihr Land nimmer trug, mit Sack und Pack, Kind und Kegel, Vieh und Wagen, Kindern und Weibern der Sonne zu, um neues Land zu suchen. Hier und anderwärts machten sie halt. Vielleicht waren sie nicht klug beraten. Jedenfalls, wenn ich damals dabei gewesen wäre ... Doch es ist nun einmal geschehen. Damals ging der Bauer noch als freier Mann daher. Was er mit seinem Pfluge umriß und mit der Axt einschlug, galt als sein eigen. Niemand hätte gewagt, wegzunehmen, worauf Bauernhand gelegen. Kannst du dir denken, Andreas, wie sie sich in den alten Wald hineinwühlten und hineinfraßen? Es muß eine Lust gewesen sein. Bis zum Totschlag hinein gingen die Wiesen. Am Mühlbach lag die Worowoer Bauernmühle. Aus dem Hammersee holte man sich die Fische zur Fastenzeit. Bis dann auf einmal der gnädige Herr kam und den Worowoer Bauern irgendeine Urkunde mit einem dicken Siegel unter die langen Nasen hielt. Heidi! sag ich dir, Andreas, denn begann eine Zeit. Da galt nicht mehr das alte Recht der pflügenden Hand. Nein! Dann mußte alles schwarz auf weiß stehen. Irgendein König, der viel Wichtigeres im Kopfe zu tragen hatte und von den Worowoer Bauern kein Sterbenswörtchen wußte, schenkte einfach einen solchen Landfetzen für treue Dienste. Mit Mann und Maus, Mensch und Vieh. Und ein solcher Herr, der immer den Zügel in der Hand zu halten versteht, bekommt die Bauern schon klein. Er kommt auch an ihr Land. Er braucht Wald zur Jagd, Pferd und Mensch für seine Felder, Zins und Steuer und Fron. Es soll einmal einer versuchen, sich zu wehren! King höhlt er einen um den andern aus. Seine Bataillone sind die Wälder. Die rücken von allen Seiten an. Worowo ist zur Festung geworden, die man belagert. Wo ein Worowoer seinen Posten verläßt, dringt der Wald in die Lücke. Hungern und sterben! Wie lange kann das noch dauern? Nicht mehr lange, Andreas. Die Wenigen, die bis jetzt ausgehalten haben, sind auch Matthäi am letzten. Eines Tages wischt der Wald auch die letzte Spur aus, die Bauernhand mit dem Pfluge hier auf die Flur schrieb ..."

„Das ist ein Unrecht, Jaschu ...!"

„Du sprichst wie ein Kind! Meinst du, daß es viel in dieser Welt gibt, was nicht Unrecht ist. Ich will dir's an den Fingern herzählen. Doch das hat keinen Sinn. Einmal vielleicht braust der Sturm wieder aus einem andern Wetterloch. Dann holt irgendwer wieder, was den Bauern unter dem Pfluge weggezogen wurde ..."

Vater Jaschu Gonschorecky wiegte den Kopf überlegen hin und her. Es behagte ihm, dem kleinen Andreas Birkenbusch zeitweilig tolle Dinge zu sagen. Wenn er den Kopf mit den wirren, weißen Haaren, auf denen die abgegriffene Pelzmütze thronte, hin und her wiegte, konnten Kinder das Gruseln bekommen. Sah es nicht überhaupt aus, als wackle ein hohler Kürbis, an den man einen langen Flachsbart geklebt hatte, gespenstig auf einer dünnen Bohnenstange?

Die Sachsengänger, die draußen in der Welt gewesen waren, sagten von dem Alten, halb im Spott und halb in Ehrfurcht: „Es ist nicht geheuer mit ihm. Er weiß tolle Sachen. Mehr als die Welt hat er gesehen. Wenn es nach ihm ginge, müßten die Worowoer die Sensen gerade schmieden und mit der Blutfahne auf das Schloß ziehen. Er kann's nicht verwinden, wie sein Worowo stirbt. Fühlt er sich nicht als Fürst auf diesem jämmerlichen Flecken? Zwar gehört ihm kein Stein, doch in seinem Kopfe sind die Felder und Wiesen zurechtgeschnitten: Du eine Wirtschaft, du ein Bauerngütchen, du eine Mühle, du eine Schmiede, du ein Gütlein. An jeden von uns denkt er. Nur lügt er zu lange Stricke, die in keine Seilerbahn mehr hineinpassen. Und mit dem, was er sonst auf dem Gewissen trägt, plumpst er auch nicht geradenwegs in die ewige Seligkeit hinein. Wer hat der Muhme Mieka Mosch die Sache mit dem Lämplein am Fenster angeraten? Heh? Von wem haben wir das Fallenlegen und das Hechtgreifen gelernt? Heh? Beschwört er nicht, draußen in der Welt Karten um einen Taler gespielt zu haben? He? ... Was sitzt er dann hier in dem Worowoer Teufelsdreck. Was hält ihn bei uns? Wer ein helles Gewissen mit sich herumträgt, kommt aus der Welt draußen nicht hier in das Dunkel zurück ..."

So die Sachsengänger aus Worowo.

Fragt man aber Jaschu Gonschorecky geradezu ins Gesicht, warum er nicht in der Welt der klimpernden Taler geblieben sei, dann zieht er ein klägliches Gesicht, als müsse er Anton Dudecks herabhängenden Hosenboden darstellen. Er kratzt sich die wirren Haare, reißt den Bart zur Seite, daß er über der rechten Schulter liegt, sperrt die Augen weit auf und salbadert dann: „Manch' Mutter Sohn nahm Stock und Eisen, Karre und Spießrutenlauf auf sich, um von der Fahne weg in die Heimat zu fliehen. Lest einmal davon im „Hundertjährigen Kalender". Meint ihr, daß es mich draußen gehalten hat, während hier die Heimat schrie?"

„Du und Heimweh?" schrien die Burschen durcheinander und schüttelten sich wie die Erbsen im Siebe. „Heimweh kann nur einer haben, der eine Heimat hat. Für wen kann Worowo Heimat sein? Es speit uns aus. Es stößt uns in die Welt. Und: Gott sei Dank, daß wir hier fortkommen und draußen Lustigeres und Wilderes sehen! Heidi! Da geht noch die Fiedel! Für uns ist hier keine Heimat. Für die Wildschweine des gnädigen Herrn vielleicht? Für uns Worowoer ist es ein Misthaufen, ein stinkender Teufelsdreck, ein Schmugglernest, ein Sachsengängerbrutgelege ... ein ... ein ..."

Doch der Alte ließ sich nicht beirren. Er kannte sie alle durch die Bank hindurch. Hatten sie nicht alles, was man in der Welt brauchen kann, von ihm gelernt? Und was konnte er alles! Niemand auf der weiten Welt verstand so wie er: Hechtstechen, Sprenkelaufstellen, den Dohnenstieg der Förster aufspüren, ein fettes Winterhäslein durch eine geschmeidige Schlinge vor der grimmigen Winterkälte retten und in die warme Bratpfanne bringen, Windrädchenbiegen, Pfeifenschneiden, Drachenkleben, Maultrommelblasen, Harmonikaspielen und endlos lange und gruselige Geschichten erzählen. Begann er erst mit dem Erzählen, kroch Gruseln und Grauen wie feuchtes Getier über den härtesten Rücken. Selbst die Bauern und Häusler ließen im Wirtshause die Pfeifen ausgehen.

Manchmal saß Jaschu der Schalk im Nacken. Mit pfiffigem Gesicht rächte er sich in seinen Flunkereien an den Großmäulern. Kein Krieg wo[illegible] in den Jahren seiner Wanderschaft in der Welt ohne ihn und sein Zutun begonnen, keiner ohne seinen Rat oder sein Eingreifen zu Ende gekommen. Dem König Theophil von Mesopotamien hatte er durch einen kühnen Husarenstreich überhaupt erst zu Thron und Macht verholfen. Der Sultan von Aegypten, mit dem schauerlichen Namen Pharaophon, gehörte angeblich zu seinen Freunden.

„Hm!" grunzten bei solchen Lügen die Bauern, „und da ist für dich nichts abgefallen?"

Jaschu Gonschorecky machte eine halb mitleidige Geste. In sein Gesicht trat eine verzeihende und nachsichtige Milde.

„Heißt es nicht in der Bibel", lautete die Verteidigung, „daß ein Kamel eher durch ein Nadelöhr geht, als daß ein Reicher ins Himmelreich hineinspaziert? Heh? Man muß im Leben immer an das Hernach denken!"

„Und deswegen bist du hier?"

„Nur weil ich an das Hernach denke! Ihr werdet es alle noch erleben, ihr blakenden Rübölfunzeln! Einmal wird die Rechnung vorgewiesen. Wenn nicht von drinnen, dann von draußen. Kein Baum wächst in den Himmel. Wenn die gnädigen Herren Worowo und andere tausend Nester verschluckt haben werden, wird ihre Gier vor der Grenze nicht haltmachen wollen. Sie werden herübergreifen. Und dann? ... Dunkel zieht es herauf: Vergeltung und Gericht ..."

Dann duckten sie alle die Köpfe. Keiner wagte nach der Wand zu sehen, als käme dort, von Jaschus geballter Faust gemalt, ein Menetekel zum Erglühen.

So hielt der Alte die Bauern im Schach. Kam aber doch noch ein Vorlauter aus der dunkelsten Ecke zum Spottwort, dann rettete er sich mit einem kühnen Sprunge in das undurchdringliche Land der schwarzen Magie.

„Hier! Seht ihr?" schrie er in das Dunkel hinein, „hier habe ich eine blanke Silbermark. Sie liegt in meinem Handteller ... Ist sie noch da?" „Ja!" antworteten zehn Stimmen.

„Eins! ... Zwei! ... Drei!" zählte er, schloß blitzschnell die Hand, öffnete sie sofort wieder und wies die leere Handfläche vor. „Nun mag Panje Christian Giel ins Halstuch hinter seinen Nacken fahren! Was sehen wir da? ... Ah! ... Da ist ja meine schöne Silbermark!"

„Das geht nicht mit rechten Dingen zu!" beunruhigten sich die Worowoer und steckten die Köpfe zusammen. „Wo hast du das her, Jaschu? Vom Teufel?"

„Ich greife nur in die Luft ... Seht her! ... Hier hole ich mein Geld her ... Dort hole ich es her ... Hier ist auch noch eine Mark ... Hier auch noch eine ..."

„Wirklich!"

„Vier Mark!"

„Ein Teufelskerl!"

„Dafür muß ich auch in der Hölle meine Zeit wie eine geschnittene Zwiebel in der Bratpfanne braun und krümelig brennen", gab Jaschu klein bei und steckte seine große Nase, als müsse er bereits auf Erden Löschversuche machen, tief und nachhaltig in das Bierglas.

(Fortsetzung folgt.)

Christus am Kreuz.

Von Max Eck-Troll.

Trommelklang dringt von der Straße her ins Zimmer.

Junge Burschen in feldgrauen Uniformen marschieren vorbei.

Eine Flagge mit einem großen, schwarzen Hakenkreuz auf weißem Felde weht dem kleinen Zug voran.

Ich öffne das Fenster meines Arbeitszimmers.

Da beginnen die jugendlichen Hakenkreuzler zu singen:

„Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen, sterben als deutscher Held!"

Ich weiß nicht, ob ich dieses Lied des Hasses richtig zitiere.

In diesem Augenblick sehe ich ein Bild vor meinen Augen, das die Erinnerung immer vor mich stellt, wenn ich an die Folgen des Krieges, jedes Krieges denke.

•

Es war im Frühjahr 1917.

Im Feldlazarett des 13. (württembergischen) Armeekorps in Flandern.

In Menin!

Dieses Feldlazarett war in einer früheren Jesuitenschule untergebracht, die an einer Seitenfront des großen Marktplatzes lag.

Eine schwere Nierenentzündung hatte mich in das Lazarett gebracht.

Da ich eines Tages mich vom Bett erheben konnte, ging ich über den langen Gang, um mir das Lazarett zu beschauen.

Eine Tür zu einem Raum stand offen.

Ich schauderte, hielt die Hand vor meine Augen.

In dem Raum standen Badewannen.

Die waren bis obenhin mit Wasser gefüllt.

Das Wasser aber war rot von Blut.

Ein nackter Männerkörper lag in der Wanne.

Die Augen des Mannes waren geschlossen.

Wäre das Wasser in der Wanne nicht rot von frischem Blut gewesen, ich hätte ihn für tot gehalten.

Leinenbänder waren am Rande der Wanne befestigt. Auf ihnen ruhen der Kopf, der Körper und die Füße des Unglücklichen. Die Leinenbänder waren gerade so tief im Wasser, daß der Körper immer im Wasser war, der Kopf aber zum Atmen über der Wasserfläche blieb. Der Oberstabsarzt des Lazaretts kam [illegible]. Ich trat auf ihn zu und frug nach der Art der Verletzung des Mannes in der blutgefärbten Badewanne.

„[illegible] schwerer Fall. Es geschah in der Stellung beim [illegible]. Eine Granate hat dem Aermsten das ganze Gesäß, den Geschlechtsteil und ganze Muskelfetzen des Rückens und der Oberschenkel weggerissen. In ein Bett können wir ihn nicht legen, da die Verletzungen durch das Gewicht des übriggebliebenen Körpers zu [illegible] würden. Wasser aber trägt. Da spürt der Arme nicht so sehr die Schmerzen."

„Wie lange liegt er nun im Bade?"

„An die drei Wochen!"

Kalt läuft es mir über den Rücken. Frost schüttelt mich.

„Das Wasser wird immer auf gute Körpertemperatur gehalten. Das ist nicht der einzige Fall dieser Art. Solche Verletzten sind nicht transportfähig. Oft liegen derart Verwundete mehrere Monate im warmen Bad."

„Das ist ja fürchterlich. Das ist ja schlimmstes Verbrechen! Ist der Mann verheiratet?" frug ich.

„Ja, und vier unmündige Kinder werden den Vater wohl nicht wiedersehen. Ich gebe mir alle Mühe mit dem Verletzten, und mit mir meine Assistenten. Ich fürchte aber, es wird vergebens sein!"

Der Herr Oberstabsarzt ging weiter.

Ich blickte durch den Türspalt nach dem Verstümmelten im Bade.

Der Aermste wandte seinen Kopf um ein paar Zentimeter.

Seine Augen aber blieben fest geschlossen.

Die Lippen bewegten sich wie zum Gebet.

Oder sprach er im Fieber mit seiner Frau?

Oder mit seinen vier kleinen Kindern?

Nahm er Abschied von ihnen?

Aus seinen gram- und schmerzdurchfurchten Zügen konnte ich nichts lesen.

Sie blieben gleich. Unveränderlich gleich!

Sein Antlitz war von einem hellblonden Vollbart umrahmt.

Ich dachte unwillkürlich: Christus am Kreuz.

Jesus konnte kaum größere Schmerzen gelitten haben, wie dieses Opfer des fluchwürdigen Krieges.

Dornenkrönung?

Geißelung?

Gang nach Golgatha?

Kreuzigung?

Hat solche Leiden nicht viel größer dieser ewig blutende Krieger aus Zwang erlitten?

Und leidet sie noch?

•

Ich bin drei lange Wochen im Feldlazarett am Marktplatz zu Menin in Flandern gewesen.

Und jeden Tag mußte ich an dem Zimmer mit dem Gekreuzigten vorbei.

Drei Wochen noch das gleiche Bild: Der blonde Manneskopf. Das vom ewigen Bluten rotgefärbte Bad.

Wie oft habe ich geweint, da ich dieses Bild menschlichen Jammers sah.

Aber jedesmal habe ich gelobt:

Schaffe, schreibe gegen den Krieg, gegen Uniform, gegen Kasernen, gegen Militärs, gegen Wehrprogramme, gegen Flotten, gegen Panzerkreuzer, gegen Waffenfabriken. Nieder mit den Militärs, denn sie sind der Anfang vom Ende. Die Vorbereitung zum Menschenmord.

Ich durfte tausend Jahre alt werden: Dieses Bild des Jammers menschlicher Kriegsverbrechen könnte ich nie vergessen.

•

Ich weiß nicht, was aus dem täglich, stündlich, in jeder Minute dorngekrönten, gegeißelten und gekreuzigten Kameraden geworden ist. Ich wurde vorher aus dem Feldlazarett entlassen.

Der Herr Oberstabsarzt wird schon recht behalten haben.

•

Eben sind die jugendlichen Sänger des Hasses unten vorübergezogen.

„Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen ..."

Sie haben nie einen Blick durch die Tür des Feldlazaretts geworfen.

Sie waren ja noch in der Schule, oder noch gar nicht schulreif, da das große Morden begann.

Literarisches.

24 Stunden Deutsch, ein praktisches Hilfsbuch für Erwachsene, von H. Gramm, Schriftleiter der „Unterrichtszeitung". Verlagsanstalt „Courier", G. m. b. H., Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4. Preis für Angehörige der Organisation 1 RM., im Buchhandel 1.50 RM. — Mit vorliegendem Büchlein hat die Verlagsanstalt „Courier" ein wirklich vorzügliches Hilfsmittel zur Weiterbildung in der deutschen Sprache herausgebracht. Das Büchlein enthält in knapper, aber übersichtlicher Form und allgemeinverständlicher Darstellung, die von Schaubildern unterstützt wird, das, was jeder Deutsche wissen muß, um richtig sprechen und schreiben zu können. Der Verfasser ist besonders auf die Klärung der sogenannten Mir- und Michfrage eingegangen. Auf verhältnismäßig kurzem Raum ist die gesamte Sprachlehre (Wortlehre, Satzlehre, Rechtschreibung, Satzzeichen) so dargestellt, daß das Ganze in 24 Abschnitte geteilt wird, wovon jeder Abschnitt etwa den Lehrstoff für eine Stunde enthält. Wer wöchentlich nur eine Stunde zum Lernen und eine zweite Stunde zur Wiederholung aufwendet, der kann Selbstunterricht betreiben. Das Buch ist von einem wissenschaftlichen Mitarbeiter des Deutschen Sprachvereins gründlich geprüft und wie folgt beurteilt worden: „Das Büchlein ist allgemeinverständlich und bietet den notwendigen Stoff in geschickter und übersichtlicher Form, so daß es sich auch vorzüglich eignet für Personen, die sich auf eine Prüfung vorbereiten wollen." Der Preis des Buches ist vom Verlag absichtlich so niedrig bemessen worden, daß sich jeder in den Besitz des Buches setzen kann. Die Ausstattung ist gefällig — Taschenformat. Jedes Gewerkschaftsmitglied muß, soweit es nicht Deutsch kann, „24 Stunden Deutsch" in seiner Tasche tragen und stets lernen.

Verlag: Hermann Grünzel; verantwortlich für den Inhalt: Edwin Neuzinger; beide Charlottenburg, Brahestraße 2-5. Druck: C. Janiszewski, Berlin SO 16, Elisabethufer 28/29.